Morgenausgabe

Nr. 97 / A 49 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,80 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Blick in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag 27. Februar 1930

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für je 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Moldenhauers Steuerpläne.

Heute schwierige Sitzung des Reichskabinetts.

Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat dem Reichskabinett seine Pläne zur Deckung des Fehlbetrages im Haushalt 1930 zugehen lassen, die dort am Donnerstag zur Beratung stehen. Sie sind von einer derartigen Einseitigkeit, daß wir uns nicht vorstellen können, daß eine Mehrheit für sie mit der Sozialdemokratie hergestellt werden kann.

Das eine Hauptstück der Pläne des Reichsfinanzministeriums ist die Einschränkung bzw. die Beseitigung der Darlehnspflicht des Reiches an die Arbeitslosenversicherung. Statt der 250 Millionen, die für das Jahr 1930 an Reichsdarlehen für die Arbeitslosenversicherung erforderlich sind, werden im Etatjahr 1930 höchstens 150 Millionen, für das Etatjahr 1931 höchstens 100 Millionen vorgesehen. Diese Mittel sollen durch den Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und die Invalidenversicherungsanstalten beschafft werden. Da damit gerechnet wird, daß der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung wesentlich über diese Summe hinausgeht, so soll der Vorstand der Reichsanstalt die Ermächtigung erhalten, die Beiträge zu erhöhen, Ersparnisse in der Verwaltung herbeizuführen oder die Leistungen anderweit festzusetzen. Solche Beschlüsse sind aber nur dann gültig, wenn die Arbeitnehmer im Vorstand in der Mehrheit zustimmen. Kommen solche Beschlüsse nicht zustande, so hat die Reichsregierung das Recht, ihrerseits die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, also die Beiträge zu erhöhen oder die Leistungen anderweit festzusetzen.

Das zweite Hauptstück bezieht sich auf die Deckung der im Reichshaushalt 1930 vorhandenen Fehlbeträge durch Steuererhöhungen. Da vorgeschlagen wird, den Fehlbetrag des Jahres 1928 mit 154 Millionen nicht, wie bisher vorgesehen, neben den 450 Millionen Schuldentilgung zu decken, sondern in die 450 Millionen einzubeziehen, so bleibt ein durch Steuererhöhungen zu deckender Fehlbetrag von 305 Millionen beim Reich. Für die Sanierung der Länderfinanzen sollen weitere 170 Millionen aufgebracht werden. Insgesamt sind danach neue Einnahmen in Höhe von 475 Millionen zu schaffen.

Dieser Betrag soll in erster Linie durch eine stärkere Belastung der sogenannten entbehrlichen Genußmittel aufgebracht werden. Herr Moldenhauer schlägt deshalb vor:

1. Erhöhung der Biersteuer um 75 Proz.	240	Millionen
2. Erhöhung des Kaffee- und Teezolls . .	50	„
3. Einführung einer Mineralwassersteuer	40	„
4. Erhöhung des Benzinzolls	65	„
5. Kürzung der Fälligkeitstermine bei verschiedenen Steuern	30	„
6. Entnahme aus der Reserve der Bank für Industrieobligationen	50	„

Von dem Gesamtbetrag von 475 Millionen sollen die Länder 170 Millionen erhalten, und zwar 90 Millionen aus der Biersteuer und je 40 Millionen aus der Mineralwassersteuer und dem Benzinzoll.

Als dritten Teil seines Sanierungsprogrammes schlägt Dr. Moldenhauer drei Maßnahmen vor, durch die in Zukunft eine Senkung der Ausgaben und eine Ermäßigung der Steuerlasten zwangsweise herbeigeführt werden soll. Dabei ist daran gedacht, gesetzlich festzulegen, daß erstens etwaige im Jahre 1930 sich ergebende Ueberschüsse zur Senkung der Steuern im Sinne des von der Regierung am 12. Dezember 1929 vorgelegten Finanzprogramms verwendet werden müssen. Zweitens sollen die Ausgaben des Jahres 1931 jetzt bereits in ihrer Höhe begrenzt werden. Und drittens plant man ein Ausgabensenkungsgesetz, durch das Herabsetzungen der Reichs-, Länder- und Gemeindeaufwendungen festgelegt werden sollen.

Die Vorschläge von Dr. Moldenhauer zur Arbeitslosenversicherung sind in den Vorbesprechungen bei den Sozialpolitikern aller Parteien auf erhebliche Bedenken gestoßen. Von der Sozialdemokratie wurden sie abgelehnt. Das ist auch jetzt noch ihre Auffassung. Denn sie schränken die Pflicht des Reiches in Notzeiten für die schuldlosen Opfer der Wirtschaftskrise mit Mitteln der Allgemeinheit einzustehen, unerträglich ein. Sie verhüllen auch nur unzulänglich, daß die wirkliche Absicht auf den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung gerichtet ist, obwohl Dr. Moldenhauer mehrfach erklärt hat, daß er an die Möglichkeit des Leistungsabbaues aus politischen und sozialen Erwägungen nicht glaubt.

Deckt sich schon dieser Teil des Programms von Dr. Moldenhauer mit den immer wieder erhobenen Forderungen der Deutschen Volkspartei, die bisher durch Zentrum und Sozialdemokratie zu Fall gebracht worden sind, so gilt das noch mehr von seinen Vorschlägen über die Steuererhöhungen. Sieht man von der Industriebelastung ab, so sind Moldenhauers Vorschläge nur eine Verschärfung der Verbrauchssteuern. An irgendeine noch so geringfügige Heranziehung des Besitzes, etwa in der Form eines Notopfers, ist nicht gedacht. Zu der bereits vom Reichskabinett beschlossenen Erhöhung des Kaffee- und Teezolls soll eine Erhöhung der Biersteuer statt um 50 um 75 Proz. und eine Besteuerung des Mineralwassers hinzutreten. Aus der letzteren Quelle 40 Millionen zu gewinnen, ist nur bei ganz phantastischen Steuersätzen und sehr erheblichen Preiserhöhungen möglich. Die Erhöhung des Benzinzolls wird zwar zu einem großen Teil die Automobilbenutzung Privater verteuern, aber neben den ungünstigen Wirkungen auf die Automobilindustrie dürfen auch die auf Massenverkehr mit Omnibussen und den Güterverkehr durch Lastwagen nicht als unbeträchtlich angesehen werden. Jedenfalls kann die Erhöhung des Benzinzolls nicht als Ausgleich für die erhöhte Massenbelastung gelten. Das trifft auch zu für die Heranziehung der Reserven der Bank für Industrieobligationen mit dem Betrage von 50 Millionen. Die von der Industrie aufzubringenden Lasten sollen auch nach dem neuesten Programm Moldenhauers im Jahre 1930 tatsächlich um 50 Millionen gesenkt werden. Zu dem Zweck, trotzdem den vollen Betrag von 300 Millionen in den Etat einzustellen, soll nun eine Art Darlehn bei dem Reservefonds aufgenommen werden, das später zurückgegeben werden müßte.

Wie immer man zu den Einzelheiten des Moldenhauerschen Programms stehen mag, in seiner Gesamtheit ist es für die Sozialdemokratie untragbar. Dieses Programm bedeutet eine wesentliche Verschärfung der politischen Situation.

*

Die heute 10 Uhr vormittags beginnende Kabinettssitzung kann unter diesen Umständen für die Regierung Hermann Müller entscheidende Bedeutung erlangen.

Tardieu wieder beauftragt.

Neuer Versuch einer Rechtsregierung.

Paris, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Tardieu hat auf Grund neuer Besprechung mit Doumergue den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen. Tardieu hat mit Briand verhandelt und auch Chautemps einen Besuch abgestattet, im übrigen nur Mitglieder seines ehemaligen Kabinetts empfangen.

Zwei Regierungskrisen innerhalb acht Tagen, wobei zuerst die Linke ein Rechtskabinett, dann die Rechte ein Linkskabinett gestürzt hat, würden im allgemeinen in einem anderen Land das Parlament für die Auflösung reif und Neuwahlen unvermeidlich machen. Der französische Parlamentarismus läßt einen solchen, einzig vernunftgemäß scheinenden Klärungsversuch nicht zu, und Frankreich muß daher weiter im innerpolitischen Chaos seinen Weg suchen, gelähmt durch zwei gleich starke parlamentarische Flügel, die sich gegenseitig die Waage halten und eine dauerhafte Regierung mit sicherer Mehrheit nicht aufkommen lassen.

Als Tardieu gestürzt wurde, meinte die Rechte, daß die persönliche Unpopularität des Finanzministers Chéron und die Krankheit des Ministerpräsidenten das Abstimmungsergebnis beeinflußt hätten; die Linke allein wäre nicht imstande gewesen, Tardieus Rechtsregierung zu stürzen. Mit größerer Berechtigung darf aber heute die Linksregierung sagen, daß es auch der Rechten nicht gelungen wäre, Chautemps zu stürzen, wenn nicht einige Ueberläufer (aus der Gruppe der Republikaner, der radikalen Linken usw.) die Rechtsopposition überraschend verstärkt hätten.

Aus dieser ganzen fruchtlosen Diskussion läßt sich erkennen, daß bei der unerbittlichen Debatte, die rechts und links seit Monaten miteinander führen, nicht mehr politische Programme, Argumente und Willensströmungen für das Zustandekommen einer Regierung, für Sieg oder Niederlage maßgebend sind, sondern fast ausschließlich nur noch Nebenmomente, Zufallskonstellationen und

die Gruppe jener schwankenden Elemente der Mitte, die ihre Daseinsberechtigung darin erblicken, im Trüben zu fischen, aus dem Kampf der Großen möglichst viele kleine Vorteile herauszuschlagen.

Eine Sonderstellung nehmen die Kommunisten ein, die jede Regierung prinzipiell und systematisch sabotieren und durch die Tatsache, daß ihre zehn Stimmen jeweils die Opposition verstärkten und die Regierungsparteien schwächten, sozusagen ein Vakuum von 20 Stimmen zwischen rechts und links geschaffen haben, das jede — notgedrungen knappe — Regierungsmehrheit zu verschlingen droht.

Der Verlauf der gegenwärtigen Regierungskrise, die im Gegensatz zu der letzten im Zeichen einer fast hysterischen Nervosität steht, ist nur ein Ausdruck für die innenpolitische Lähmung, die auf Frankreich lastet. Nachdem der Präsident der Republik die traditionellen Besprechungen mit den Präsidenten von Kammer und Senat hinter sich hatte, berief er zunächst Tardieu als Führer der Opposition zu sich. Tardieu, der sich über den zweischneidigen Charakter seines Sieges keinem Zweifel hingeben kann, lehnte zunächst die Bildung des Kabinetts ab und brachte, Bescheidenheit mimend, Poincaré in Vorschlag. Gegen Mittag war aber auch die Kombination Poincaré erledigt, da dieser aus Gesundheitsrücksichten ablehnte. Nun wurde wiederum Tardieu berufen, der inzwischen anderer Meinung geworden war, die Mission zur Regierungsbildung unter Vorbehalt annahm und seine endgültige Antwort für Donnerstag vormittag in Aussicht stellte; sie aber inzwischen gegeben hat.

Theoretisch hat Tardieu wieder zwei Wege vor sich: die republikanische Konzentration oder ein Rechtskabinett. Praktisch aber dürfte, wenn überhaupt, so nur der zweite Weg für ihn offen sein, da

die Radikalen nach der zumeist unfairen und gehässigen Haltung, die Tardieu unter Außerachtlassung des primitivsten parlamentarischen Anstandes seinem Nachfolger Chautemps gegenüber einnahm, zur Beteiligung an einem neuen Kabinett Tardieu nicht bereit sein dürften.

Bleibt somit nur die zweite Möglichkeit, die einer neuen Rechtsregierung, die sich auf die alte Majorität, verstärkt durch einige Ueberläufer aus der Linken, stützen würde. Doch wäre auch dies aus den eben angeführten Gründen lediglich als eine zeitliche Lösung zu betrachten; das schleichende Uebel der französischen Innenpolitik wäre dadurch nur für eine mehr oder minder kurze Zeit zurückgedrängt — nicht behoben.

Die Radikalen lehnen ab.

Paris, 26. Februar. (Havas.)

Tardieu will ein Kabinett der republikanischen Konzentration bilden und wird daher mit den Vertretern der Radikalen, vor allem mit Herriot, Chautemps und Daladier verhandeln. Poincaré wird sich bemühen, einige Führer der Radikalen von der Notwendigkeit

zu überzeugen, dem neuen Kabinett ihren Beistand zu leihen. Falls dieses Angebot abgelehnt werden sollte, würde Tardieu ein Kabinett bilden, das im großen und ganzen die gleiche Richtung haben würde wie das vorausgegangene.

Die radikale Kammer- und die Senatsfraktion haben gemeinsam beschlossen: Die vereinigten Fraktionen erklären einmütig, daß sie an einem Kabinett unter Vorsitz Tardieus nicht mitarbeiten können. — Diese Tagesordnung erläuterte Senator Sarraut so: Wenn ein Kabinett von einer anderen Persönlichkeit als Tardieu gebildet werden sollte, würden wir nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Tardieu ein Ministerposten übertragen wird, der seinen technischen Fähigkeiten entspricht.

Das Eintagskabinett.

Mit billigem Witz begleiten die Blätter der deutschen Reaktion und gewisse Berliner Sensationszeitungen, die sich liberal nennen, den raschen Sturz des Kabinetts Chautemps. Gewiß entbehrt die Tatsache, daß ein Kabinett nur einen Tag besteht, nicht einer gewissen Drolerie, aber die Kritikaster sollten an die Stelle ihrer müßigen Betrachtungen über den „kläglich gescheiterten Wiederbelebungsversuch des Linkskartells" besser ein Studium der Zeitgeschichte vornehmen. Vor etwa sechs Jahren nämlich gab es in Frankreich auch ein Eintagskabinett, dieses Kabinett aber setzte sich aus den Vertretern der Reaktion zusammen. Die Frühjahrswahlen von 1924 hatten dem Linkskartell den großen Erfolg gebracht, der zum ersten Kabinett Herriot führte. Der Präsident der Republik, der reaktionäre Millerand, berief den Reaktionär François-Marsal zur Kabinettsbildung. François-Marsal stellte sich mit seinem Ministerium der neuen Kammer vor, am 10. Juni 1924 wurde das Kabinett nach eintägiger Lebensdauer gestürzt. Präsident Millerand mußte zurücktreten.

Witzchen und Mätzchen über den Sturz Chautemps' sind also müßig. Noch müßiger ist es, aus der Neuberufung Tardieus eine katastrophale Niederlage der Linken zu konstruieren. Sie ist eine Selbstverständlichkeit. Richtig ist aber die Feststellung, daß die Demokratie in Frankreich lebendig ist, ob sie nun gegen die Rechte oder die Linke ausschlägt.

Kundgebungen am Ebert-Tage

— und am 16. März gestattet.

Im preußischen Landtag gab am Mittwoch bei der Aussprache über den Haushalt des Innenministeriums Staatssekretär Dr. Abegg zwei Erlasse bekannt, wonach das Kundgebungsverbot am 28. Februar anläßlich der fünfjährigen Wiederkehr des Todestages des ersten Reichspräsidenten Ebert und für den 16. März aus Anlaß des vom Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge vorgesehenen Volkstrauertages insofern aufgehoben wird, als Veranstaltungen unter freiem Himmel zugelassen werden, die sich im Rahmen der Gedenkfeier und Trauerkundgebungen bewegen. Geschlossene An- und Abmärsche sind jedoch nicht gestattet.

Regierungsbildung in Sachsen.

Demokraten lehnen Nazi-Block ab.

Dresden, 26. Februar.

Die demokratische Landtagsfraktion hat folgendes Schreiben an die Fraktion der Wirtschaftspartei gerichtet:

„Wenn wir den Sinn Ihres Schreibens richtig verstehen, streben Sie die Neubildung des Kabinetts auf der bisherigen Grundlage an. Wir sind der Ansicht, daß **eine Regierung, die sich auf Nationalsozialisten stützt oder auch nur von ihrer Duldung abhängt, nicht von Dauer sein kann** und zur Bewältigung der schweren Aufgaben, die in Zukunft zu lösen sind, nicht fähig ist, da sie sich auf eine ausreichende und sichere Mehrheit nicht stützen kann. Wir bedauern deshalb, Ihnen unsere Unterstützung für Ihren Plan der Regierungsbildung nicht zusagen zu können."

Haftentlassung eines Bombiers.

Gegen 10000 M. Sicherheitsleistung freigelassen.

In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentate hat die 3. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Widerstand der Staatsanwaltschaft beschlossen, daß der Angeschuldigte Hennings von der weiteren Untersuchungshaft verschont werden soll, wenn er eine Sicherheit von 10 000 Reichsmark beibringt.

Die Haftentlassung des Angeschuldigten Weschke war am Dienstag von der gleichen Strafkammer abgelehnt worden. In der Meldung über diese Ablehnung des Haftentlassungsantrags des Weschke war in einem Teil der Presse berichtet worden, die Staatsanwaltschaft habe ihm widersprochen, weil die Justizbehörde angeordnet habe, „daß weitere Anträge der Angeschuldigten auf Haftentlassung in der Bombensache nicht mehr genehmigt werden sollten".

Diese Meldung ist, wie die Justizpressestelle jetzt mitteilt, unrichtig. Eine solche Anordnung ist von der Justizbehörde weder allgemein noch in diesem besonderen Falle gegeben worden. Die Staatsanwaltschaft hat vielmehr dem Haftentlassungsantrage des Weschke widersprochen, da ihm nicht nur ein Verbrechen gegen § 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes (Mindeststrafe 5 Jahre Zuchthaus), sondern auch Meineid zur Last gelegt wird und bei der Schwere der angedrohten Strafen nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Fluchtverdacht nicht durch Sicherheitsleistung beseitigt werden kann.

Tausende Verordnungen außer Kraft.

Was 30 Jahre alt ist, muß verschwinden.

Der preußische Innenminister läßt, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, einen Beschluß veröffentlichen, wonach sämtliche Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Kreis- und Ortspolizeibehörden, soweit sie vor dem 1. Januar 1900 erlassen sind (mit Ausnahme derjenigen Polizeiverordnungen, die die Strom-, Schiffahrts- oder Hafenpolizei betreffen), mit Wirkung vom 1. Mai 1930 außer Kraft zu setzen sind. Dieser Beschluß bezieht sich auch auf diejenigen vor dem 1. Januar 1900 erlassenen Polizeiverordnungen, die nach diesem Datum abgeändert sind.

Die von dem Außerkraftsetzungsbeschluß betroffenen Polizeiverordnungen sind, soweit sie sich als unabweisbar notwendig ergeben, nochmals neu zu erlassen. Von dem Beschluß werden 688 Polizeiverordnungen betroffen, nachdem bereits 3937 Verordnungen aus der Zeit von 1850 bis 1900 vorher aufgehoben waren.

Zur weiteren Bereinigung des Polizeiverordnungswesens ersucht der Minister des Innern nunmehr in eine Nachprüfung der in der Zeit vom 1. Januar 1900 bis zum 1. Januar 1910 erlassenen Polizeiverordnungen einzutreten.

Reichstag gegen Finanzdiktatur.

Die neue Haushaltsordnung angenommen.

Der Reichstag beriet am Mittwoch nachmittag zunächst die Aenderung der Reichshaushaltsordnung.

Berichterstatter Abg. Stücklen (Soz.) führt aus, daß die vorgeschlagenen Aenderungen das Kontrollrecht des Reichstags richtig wirksam machen sollen. Die Stellung des Finanzministers wird ganz wesentlich gestärkt. Da er verantwortlich ist, muß er auch gegen Ausgaben einschreiten können, die er nicht verantworten kann. Heute schon kann der Finanzminister im Kabinett verlangen, daß Abstimmungen, bei denen er unterlegen ist, wiederholt werden, und bleibt die Mehrheit bei ihrem Standpunkt, dann trägt der Reichskanzler die Verantwortung, die der Finanzminister nicht glaubt, übernehmen zu können. Außerplanmäßige Ausgaben werden an die Zustimmung des Finanzministers gebunden; er ist nicht verpflichtet, sondern ermächtigt, die vom Reichstag bewilligten Ausgaben zu machen. In dem Maß, wie die Einnahmen oder Ausgaben gegen den Voranschlag sich ändern, wird in Zukunft auch die Anleiheermächtigung des Ministers geändert. Die Einsichtnahme des Rechnungshofs in Akten erfordert die Zustimmung des Ministers, die — mit Ausnahme ganz geheimer Akten — nicht verweigert werden wird. Sparkommissar muß der Reichstag selbst sein, wie es früher gewesen ist. (Beifall.)

Reichsfinanzminister Moldenhauer

erklärt sich mit den vom Ausschuß vorgenommenen Aenderungen einverstanden. Im Ausschuß ist viel darüber gesprochen worden, wie man Hemmnisse gegen die Ausgabefreudigkeit der Regierung und des Parlaments einbauen könnte. Die verfassungsrechtlichen Fragen eines Einspruchsrechts für den Minister sowie der Einsetzung eines Haushaltsministers bitte ich jetzt beiseite zu lassen, damit die Vorlage möglichst rasch erledigt wird. Die Reichsregierung ist entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag bereit, Gutachten des Sparkommissars dem Reichsrat und Reichstag vorzulegen, auch wenn die Regierung anderer Meinung ist.

Abg. Heimann (Soz.):

Lange Zeit bestand für die große Mehrheit des Reichstags die Hauptaufgabe in der Etatsberatung. Dagegen wurde die Rechnungsprüfung als eine gleichgültige oder sogar minderwertige Sache betrachtet. Unsere Partei hat in diesen Anschauungen langsam, aber gründlich Wandel geschafft. Es gibt heute kein Mitglied des Haushaltsausschusses mehr, das nicht überzeugt wäre, daß

zur wirksamen Ausübung des Budgetrechts die Rechnungskontrolle mindestens ebenso notwendig ist, wie die Aufstellung des Haushaltsplans.

(Zustimmung.) Diese durch die Sozialdemokratie eingeleitete Praxis ist zugleich ein wirksames Mittel zu sparsamerer Wirtschaftsführung. Bei der Rechnungskontrolle werden nach und nach auch Lücken der Haushaltsordnung erkannt, die ausgefüllt werden müssen. Abänderungsanträge zur Vorlage stellen wir nicht, weil wir ihre schleunige Verabschiedung für so notwendig halten, daß wir sie nicht verzögern wollen.

Obwohl im Ausschuß der volksparteiliche Abg. Dr. Cremer angekündigt hat, daß der Antrag über den Reichssparkommissar, welcher Antrag von hervorragenden Männern aus verschiedenen Parteien monatelang ausgearbeitet worden sei, hier wieder eingebracht werden würde, hat der Minister soeben gesagt, daß dieser Antrag nicht wieder eingebracht wird. Es ist immer wieder die Geschichte von der Silberpappel, deren Blätter ganz verschieden aussehen, je nachdem man sie von oben oder von unten sieht. (Heit. Zustimm.) Im Lande wird eine lebhafte Propaganda getrieben mit der Behauptung, der Reichstag bewilige in unverantwortlicher Weise Ausgaben. Diese Agitation wird jetzt, wo ein Volksparteiler Finanzminister ist, nicht aufhören, sondern weitergehen. Der erwähnte Antrag wollte dem Budgetrecht Klammern anlegen; im Laufe einer Wahlperiode sollte danach dem Reichskanzler oder einem Reichsminister das Mißtrauen nur durch qualifizierte Mehrheit ausgesprochen werden dürfen, der Reichstag sollte auch das Recht verlieren, ohne Zustimmung der Regierung und des Reichsrats Ausgaben zu erhöhen oder neu einzusetzen, es wäre denn, daß die mangelnde Zustimmung dieser beiden Instanzen in abermaliger Beratung durch eine qualifizierte Mehrheit des Reichstags ersetzt werden können, und schließlich sollte dem Reichsfinanzminister ein vollkommen unabhängiger und nur den Gesetzen unterworfener Reichssparkommissar als oberste Reichsbehörde auf die Nase gesetzt werden; wenn er auch nur Gutachterbefugnisse haben sollte, so wollte ihn der Antrag doch solche Rechte geben, daß der Reichsfinanzminister neben ihm nur ein unfreier Mann sein würde. Wir aber halten den entgegengesetzten Weg für richtig. Nicht Hemmung des Budgetrechts und Einengung der Volksvertreter, sondern Steigerung der Zuständigkeit und damit der Verantwortung erscheint uns als das Heil und die Gesundung! (Sehr wahr! links.) Je stärker die Stellung des Parlaments ist, um so größer wird sein Verantwortungsgefühl werden.

Selbstzucht und Selbstverantwortung des Parlaments, immer zusammen mit der Bereitschaft der Reichsregierung, für das, was sie als richtig und notwendig erkennt, jederzeit das volle Gewicht ihrer Stellung und Autorität in die Waagschale zu werfen

— darin liegt der feste und sichere Schluß für die Wirtschaft des Reiches und für eine verantwortungsvolle Politik. (Lebhafte Zustimmung links.) Da nur auf dem Boden gesunder öffentlicher Finanzen die Wirtschaft aufblühen kann, ist es unsere Pflicht und eine unserer vornehmsten Aufgaben, für das Gleichgewicht im Haushalt und für gesunde Kassen- und Finanzverhältnisse zu sorgen. Niemand im Reichstag wird bestreiten können, daß wir dieser unserer Pflicht mit großem Ernst und Eifer nachgegangen sind. Wir prüfen mit Sorgfalt alle Besserungsvorschläge, aber was wir bisher davon gesehen haben, scheint uns nicht geeignet zu sein, um die Verantwortung in der wünschenswerten Weise zu stärken.

Wir fürchten nicht die Agitation im Lande, die den Anträgen der Volkspartei und der Wirtschaftspartei entspricht, und die den Reichstag als den Sündenbock und oft das Reichskabinett als den unschuldigsten Engel hinstellt. Denken Sie nur an die Subventionsanträge der Wirtschaftspartei und anderes mehr. Viele dieser Anträge waren unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht einmal zu diskutieren, sie wurden aber angenommen, und zwar unter dem Druck von Mitgliedern der verschiedenen Reichskabinette. Das Reich hat für solche Subventionen 1,2 Milliarden Mark ausgegeben. (Hört, hört!) Wir Sozialdemokraten haben gefordert, daß diese Flut von Subventionsanträgen eingedämmt wird, und zwar durch Verschärfung der Bestimmungen über ihre Behandlung.

Es war die Sozialdemokratische Partei und ihr Finanzminister Dr. Hilferding, die schließlich die früheren Bestimmungen vollkommen aufgehoben haben, so daß eine Behandlung der Subventionsanträge eingeführt wurde, die zu ihrer starken Einschränkung geführt hat.

Wir halten die Grundlagen, auf denen der Reichssparkommissar heute arbeitet, für die gegebenen und richtigen; sie beruhen nicht auf einem Gesetz, sondern auf einem vertraglichen Vertrauensverhältnis. Würde dieses Verhältnis geändert, so könnte es zu Konflikten zwischen dem Reichssparkommissar und dem Reichsfinanzminister kommen, das wollen wir nicht. Darum sind wir gegen eine Aenderung. Wir wollen aber keineswegs dem Reichssparkommissar das Vertrauen versagen und sind deshalb bereit, wenn einzelne Worte in unserer Entschließung nach dieser Richtung gedeutet werden, sie zu streichen. Aber es ist etwas ganz anderes, wenn die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei einen vollkommen unabhängigen, nur den Gesetzen unterstehenden Sparkommissar als oberste Reichsbehörde einsetzen wollen. Der Reichsetat enthält Ausgaben von 10 Milliarden Mark.

Draußen im Lande glaubt man noch, es wäre leicht, mit dem Notstift die Kleinigkeit von ein paar hundert Millionen zu streichen. Aber ein erheblicher Teil dieser Ausgaben kann überhaupt nicht gestrichen werden, ein anderer großer Teil nur dann, wenn zuvor die zu diesen Ausgaben verpflichteten Gesetze aufgehoben oder geändert würden.

Zur Balancierung des Etats sind höchstens 1200 bis 1400 Millionen da. Wir wollen nicht behaupten, daß daran nicht noch gespart werden könnte. Wir meinen, daß z. B. beim Wehretat noch recht erheblich gespart werden könnte. Aber diejenigen, die den Reichssparkommissar zur obersten Reichsbehörde machen wollen, die wollen zwar nicht am Wehretat, aber dafür am Sozialetat große Abstriche machen. Keine Reichsregierung und kein Reichstag kann die Bedürfnisse des öffentlichen Lebens lediglich unter dem Gesichtspunkt des Sparens betrachten, sondern muß daneben immer noch sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Erwägungen Raum geben und danach beurteilen, ob Ersparungen an einer Stelle nicht größere Ausgaben an anderen Stellen hervorrufen oder Nachteile für das Gemeinwohl erzeugen.

Ein jeder Verantwortung entrückter und vollkommen selbständiger Reichssparkommissar könnte für solche Ersparungen, wie wir sie nicht wünschen, ein durchaus brauchbares Instrument werden.

Dafür aber setzen wir uns nicht ein. — Nach dem Antrag der Wirtschaftspartei soll der Reichspräsident auf Verlangen von einem Drittel des Reichstags bereits in Kraft stehende Gesetze wieder aufheben, Haushaltsüberschreitungen und Ausgabenbewilligung verbieten können, jedoch sollen derartige Verordnungen höchstens zwei Jahre gelten, wenn seine Wahlperiode nicht inzwischen abläuft. Es ist ganz ausgeschlossen, daß eine solche Verfassungsänderung zustande kommt; sie würde alle Zuständigkeiten und Verantwortungen über den Haufen werden und den Reichspräsidenten zum Finanzdiktator machen, der ohne jedes parlamentarische Bekleidungsstück in die Arena des politischen Kampfes hineingestellt würde. Der Etat muß mindestens ein Jahr vor dem Beginn seiner Laufzeit festgestellt sein, und dazu ist die genaueste Kenntnis der wirtschaftlichen Lage und des gesamten Reichshaushalts erforderlich. Das alles soll der Reichspräsident machen, gegen den Willen der Reichsregierung und einer Reichstagsmehrheit, nur gestützt auf das Gutachten des unsichtbaren und verantwortungslosen Reichssparkommissars!

Von allen anderen Notverordnungen nach Artikel 48 muß der Reichspräsident dem Reichstag unverzüglich Kenntnis geben und muß, wenn der Reichstag es wünscht, sie unverzüglich aufheben. Aber auf zwei Jahre soll dieses Notstandsrecht zum obersten Gesetz werden!

Wir werden niemals einer solchen Finanzdiktatur zustimmen, die vielleicht nur Schrittmacher für eine noch weitergehende Diktatur sein soll. (Sehr richtig! links.) Wir ersuchen um Annahme unserer Entschließung, wonach die Gutachten des Reichssparkommissars dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden sollen und bitten Sie, den Antrag der Wirtschaftspartei abzulehnen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hergt (Dnat.): Im Gegensatz zu früher fehlt dem Parlament der Wille zur Ordnung in der Finanzwirtschaft. Das strenge Verantwortungsbewußtsein, das früher die Bürokratie beherrschte, mußte verloren gehen im parlamentarischen System, wo der Minister nicht mehr ein freier Mann, sondern der Exponent einer Partei oder einer Koalition ist.

Die Abhängigkeit von der Masse muß zu übertriebener Bewilligungsfreudigkeit führen.

Die Machterweiterung für den Finanzminister erscheint uns bedenklich. Wir wünschen möglichst weitgehende Befugnisse des Rechnungshofs, aber er darf nicht über seine Aufgabe hinauswachsen, und er darf nicht die Finanzpolitik der Reichsbank beeinflussen. Wir stimmen der Vorlage zu, der Antrag der Wirtschaftspartei bedarf noch der Ergänzung.

Abg. Dr. Schreiber (Z.): Die Vorlage kann ihren Zweck nur erreichen, wenn dahinter die richtige politische Willensbildung steht. Der Reichstag gibt mit dieser Vorlage das Schwergewicht der Macht an den Finanzminister ab. Der Antrag der Wirtschaftspartei bedeutet die Flucht des Parlaments aus der Verantwortung. Damit legt man Dynamit an die Verfassung und schwächt die Autorität des Reichspräsidenten. Die Tätigkeit des Sparkommissars hat auch ihre Grenzen. Bei Prüfung der Notgemeinschaft der Wissenschaft rügten die Beamten des Sparkommissars Ausgaben für Keks und Schokolade. Dann stellte sich aber heraus, daß Professor Eugen Fischer die Anschaffung dieser Süßigkeiten für Experimente an Säuglingen angeordnet hatte. (Hört, hört!) Es ist eine Ueberspannung des Sparprinzips, wenn heute im Reichsgesundheitsamt jeder telephonische Anruf registriert werden muß. — Der Redner lehnt die Allmachtstellung des Sparkommissars ab.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.): Wir sind über den Verdacht erhaben, Feinde des parlamentarischen Systems zu sein. Dieses System wird aber nicht gefährdet, wenn wir nach dem Muster der ältesten Demokratie, der englischen, als Parlament Selbstbeschränkung üben und die Ausgaben unter stärkere Kontrolle stellen. Unsere Anträge sind nicht gestellt, um das parlamentarische System zu unterhöhlen, sondern um es zu festigen.

Wir wollen den Leiter der Finanzpolitik bewahren vor dem parlamentarischen Wetterwechsel

und wollen damit die dauernde konsequente Linie der Finanzpolitik sichern. Es ist einerlei, ob wir diese Persönlichkeit Sparkommissar oder Haushaltsminister nennen. Der Reichstag würde besseren Einblick in das Getriebe der Bürokratie gewinnen, wenn ihm der Haushaltsminister auf Verlangen jederzeit Auskunft geben muß. Abgeordneter Hergt hat der Vergangenheit ein Loblied gesungen.

Wenn Rechnungshof und Rechnungsausschuß vor 1918 eine so strenge Kontrolle geübt hätten wie jetzt, dann würde das Bild der vergangenen Zeit sich wenig von dem der Gegenwart unterscheiden.

Aus den Berichten des Rechnungshofs ergibt sich, daß die Sünden gegen die Sparsamkeit bei der Bürokratie mindestens so groß und zahlreich waren wie beim Parlament: Phöbus-Affäre und ähnliches! Die Arbeit des Sparkommissars hat uns schon viele Millionen erspart. Er wird bei erweiterten Befugnissen noch weit mehr Nutzen stiften können, besonders wenn seine Stellung auch der Bürokratie gegenüber gestärkt wird. Nicht bloß im Reiche, sondern auch in den Ländern und Gemeinden bedarf die Finanzpolitik einer gründlichen Reform, etwa durch

fliegende Kommissionen, die z. B. auch die Wirtschaft Berlins prüfen sollen.

Die sozialdemokratische Resolution über die Berichte des Sparkommissars ist kein Fortschritt auf dem von uns gewiesenen Wege, sondern könnte eher diesen Weg versperren. Das machen wir nicht mit.

Abg. Dr. Bredt (Wp): Große Teile des Volkes haben das Vertrauen zum Reichstag verloren, daß er die Reichsfinanzen in Ordnung bringt. In vielen Ländern hat der Parlamentarismus

abgewirtschaftet, im Reich steht er in einer Krise. Die vom Abg. Heimann vertretenen Grundsätze sind sehr schön, aber man müßte einen Reichstag haben, der danach ist. Wer erwartet noch etwas vom Reichstag nach diesen zehn Jahren? Jedes Ressort fordert für sich, der Reichstag muß dann ausgleichen.

Die Bürokratie hat uns über die Steuereingänge getäuscht. Wenn man dem Reichstag so hohe Einnahmen vorlegt, ist es doch natürlich, daß er sie durch Ausgabebewilligungen vorwegnimmt.

Im § 21 der Haushaltsordnung hat die Linke bereits das Veto des Finanzministers als Regulator eingesetzt, aber er hat nichts ausgerichtet. In England kann nur die Regierung Mehrausgaben beantragen, niemals aber die Parteien. Bei seiner heutigen Macht kann der Sparkommissar gar nichts gegen die Regierung durchsetzen. Wenn Abg. Cremer eine solche zornige Anklagerede gegen alles, was die Regierung macht, gehalten hat, so ergibt sich doch, daß die Volkspartei in der Koalition gar nichts zu sagen hat.

Wir wollen dem Reichspräsidenten nur ermöglichen, die Rechte auszuüben, die schon in der Verfassung stehen, wollen sie allerdings auch erweitern.

Womit wollen Sie denn die Unterschrift unter den Young-Plan honorieren, da doch der Etat jährlich um eine Milliarde steigt. Wenn Sie unseren Anregungen nicht folgen, wird das Volk Sie verurteilen. (Beifall rechts.)

Abg. Bernhard (Dem.): Kann jemand den gewaltigen Fortschritt seit 10 Jahren bestreiten? Wie kann man dem Reichstag die Schuld an den augenblicklichen Schwierigkeiten geben? Zur Deckung der Extraordinarien durch Kredite haben dringende soziale Notstände gezwungen und wechselnde Mehrheiten sie beschlossen; freilich Herr Bredt und seine Partei blieben wohlberechnet außerhalb der Regierung! Dazu, daß das Parlament in alle Verwaltungswinkel hineinleuchten kann, hat der Rechnungshof ungemein viel beigetragen; er muß nur früher prüfen als bisher, schon während des Rechnungsjahres.

Lassen Sie uns doch vom Präsidenten des Rechnungshofs, der mit dem Sparkommissar identisch ist, berichten!

Aber der Sparkommissar kann immer nur ein Hilfs- und Unterstützungsorgan des Reichstags sein, ihm aber nicht seine Verantwortung abnehmen, die der Reichsverfassung entspricht. Gewissen Leuten wäre es freilich lieb, wieder den Vorkriegszustand zu haben, daß man im Parlament beantragen und dieses beschließen kann, was man nur will — daß aber alles am Sparkommissar oder am Reichspräsidenten scheitert, wodurch dieser freilich höchst unpopulär werden würde. Im Parlament setzt sich nur der Minister durch, der nicht fortwährend nachgibt und zurückweicht. Nur die Verantwortlichkeit der politischen Persönlichkeiten bringt uns vorwärts. (Beifall links.)

Abg. Torgler (Komm.) redet gegen die Sozialdemokratie und sucht nachzuweisen, daß unter der alten Haushaltsordnung zwar Industriesubventionen ausgezahlt wurden, aber Gelder für produktive Erwerbslosenfürsorge nicht. Bei den Sozialetats hat man Reste übrig behalten, beim Wehr- und Verkehrsetat war alles „übertragbar" und wurde restlos verbraucht. Von den hohen Ausgaben für Ministerwohnungen, Nürburgring usw. hat der Reichstag erst viel später erfahren. Ob Haushaltsordnung oder so — der Reichsverband der Industrie diktiert und die Reichsregierung parliert.

Die Vorlage wird unter Ablehnung kommunistischer Anträge und mit einigen sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen angenommen. Der viel erwähnte

Antrag der Wirtschaftspartei wird nach Ablehnung der Ueberweisung an einen Ausschuß gleichfalls abgelehnt.

Das Gesetz wird auch in dritter Lesung angenommen und die sozialdemokratische Entschließung — Berichte des Sparkommissars dem Reichstag vorzulegen — dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Nach Annahme eines Gesetzes über Zuziehung von Hilfsrichtern zum Reichsgericht vertagt sich das Haus um 19½ Uhr auf heute, Donnerstag, 15 Uhr: Einspruch des Reichsrats gegen einen Reichstagsbeschluß, Internationale Abkommen, Ministerpensionsgesetz, Beteiligung des Reichs an der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse.

Das Interesse der deutschen Ansiedler.

Aufgehobene Ausweisung.

Wegen der Ausweisung einiger deutschen Ansiedler in Westpolen hat der deutsche Gesandte Rauscher mit Erfolg bei der polnischen Regierung interveniert. Die Ausweisungen sind aufgehoben und weitere sollen nicht erfolgen. Die Ansiedler stehen zumeist schon im Alter von 60 bis 70 Jahren. Das von der ehemaligen preußischen Ostmarkenpolitik festgesetzte Rückkaufsrecht des Staates auf die Ansiedlungsgüter ist vom polnischen Staat übernommen worden. Bei dem hohen Alter der Ansiedler war es also hohe Zeit und sehr nützlich, daß das Liquidationsabkommen abgeschlossen wurde, durch welches der Rückkauf in den meisten Fällen ausgeschlossen wird.

Sanchez Guerra gegen König Alfons.

Massenandrang zu seinem Vortrag.

Madrid, 26. Februar.

Der morgige Vortrag Sanchez Guerras im Theater La Zarzuela ist zwar von der Regierung genehmigt worden, doch ist es noch nicht sicher, ob er wirklich stattfinden wird. Sanchez Guerra hat nämlich die Absicht, zu erklären, daß

König Alfons XIII. das Vertrauen seines Volkes verloren

habe. Die Regierung hat, als sie davon Kenntnis erhielt, beschlossen, die Radioübertragung seiner Rede sowie die vollständige Veröffentlichung in der Presse nicht zu gestatten. Bisher seien 14 000 Karten für das nur 2500 Personen fassende Theater verlangt worden.

Pilsudskisten krakeelen.

Krach im Wehrausschuß.

Warschau, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Im Heeresausschuß des Sejm kam es zu Tumultszenen und Schlägereien, die von den Regierungsabgeordneten hervorgerufen wurden.

Der unlängst zum Vorsitzenden gewählte Sozialist Pajonk wurde mit Beschimpfungen überschüttet, weil er gewagt hatte, einen Antrag auf Verminderung des Friedensstandes um 60 000 Mann zu stellen und eine Verordnung Pilsudskis zu kritisieren. Die Regierungsabgeordneten, ehemalige Militärs, erklärten schließlich, daß sie nicht länger mit Antimilitaristen zusammenarbeiten würden. Daraufhin trollten sie sich.

Frauenwahlrecht in Südafrika. Ministerpräsident General Hertzog teilte im Parlament mit, daß die Regierung beschlossen habe, zur Eintragung der Frauen einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Ehre, wem Ehre gebührt.

„Eine Gemeinde Stadt Mennighüffen ist im Gebiet des ehemaligen Freistaates Waldeck nicht vorhanden." (Antwort der preußischen Staatsregierung auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Kube.)

Abg. Kube (Nat.-Soz.) wird zum Ehrenbürger der von ihm im ehemaligen Freistaat Waldeck entdeckten Stadt Mennighüffen (Mennighausen — Mostrichhausen??) ernannt.

Zehn Jahre Nationalsozialismus.

Hitler-Rede in München.

Die Nationalsozialistische Partei hat dieser Tage das zehnjährige Jubiläum ihres Bestehens gefeiert, und Hitler hat ihr in München die Geburtstagsrede gehalten. Für sie ist charakteristisch, daß in den vielen Spalten des „Völkischen Beobachters", in denen sie wiedergegeben ist, das Wort Sozialismus nur einmal vorkommt und von sozialen Problemen überhaupt nicht die Rede ist, desto mehr aber von Rassetheorie und von Abwehr des Bolschewismus. Beide werden miteinander verschmolzen, indem der Bolschewismus erklärt wird als „der Herrschaftsausdruck einer Rasse, die zwischen uns sitzt". Daß sich unter den führenden Bolschewisten Rußlands und Europas so gut wie keine Juden mehr finden, und daß von den Juden in der Welt nur ein winziger Prozentsatz bolschewistisch gesinnt sein dürfte, verschlägt nichts. Die Tatsachen müssen sich so umbiegen lassen, daß sie zur Theorie passen.

Diese Theorie ist aber im Grunde die Theorie des Bürgerschrecks. Der Nationalsozialismus empfiehlt sich dem Bürgertum als Schutztruppe gegen den Bolschewismus, dessen Gefahren deshalb in den blutigsten Farben geschildert werden. Zu diesem Zweck wird auch ein „Marxismus" erfunden, der gleichbedeutend ist mit Bolschewismus, obwohl der wirkliche Marxismus mit dem Bolschewismus nichts zu tun hat, sondern ihn auf das schärfste bekämpft. Die bürgerlichen Politiker werden insgesamt als Schlappschwänze geschildert, sie haben — trotz Hugenberg! — keinen „eisenharten, stählernen Kopf". Hindenburg gar muß sich folgende Impertinenz gefallen lassen:

Was verschafft Hindenburg die Achtung der Welt? Daß er ein Reichspräsident ist, der der alte Führer der deutschen Armee gewesen ist, ein Ruhm, den bis heute sogar die politische Tätigkeit nicht vollständig vernichten konnte.

Der Bericht verzeichnet nach diesen Worten „Heiterkeit und Beifall". Kurz und gut, es gibt in der Welt nichts und niemand, der das deutsche Bürgertum vor dem Gefressenwerden schützen kann, wenn es nicht Adolf Hitler ist.

Diese Lehre wird zwar nie das deutsche Volk zu Heil und Sieg führen, wie sich eine naiv-idealistische und meist sehr jugendliche Anhängerschaft einreden läßt, sie bringt aber genug ein, daß die nationalsozialistische Bewegung davon ganz gut leben kann. Im Endziel geht die ganze Spekulation der Nationalsozialisten wie aller Rechtsputschisten überhaupt darauf hinaus, daß ihnen irgendeine kommunistische Torheit Gelegenheit zum „Absprung" geben werde.

Man kann in Deutschland nicht ernstlich gegen den Faschismus kämpfen, wenn man nicht gegen den Kommunismus kämpft. Zwischen beide, Faschismus und Kommunismus, schiebt sich mit überwältigender Macht die sozialdemokratisch-politische und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Nur ihre Stärke kann verhindern, daß das, was auf deutschem Boden noch an Werten vorhanden ist, in den Flammen eines sinnlosen Bürgerkriegs vernichtet wird.

Hitlerbuben in der Universität.

Krawalle und Prügel im Hörsaal.

München, 26. Februar (Eigenbericht).

Die Hakenkreuz-Studenten der beiden Münchener Hochschulen werden immer aktiver. Am Dienstagabend benutzten sie die in einem Hörsaal der Universität stattfindende Generalversammlung der akademischen Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande, um einen mit Schlägerei verbundenen Tumult herbeizuführen, und dadurch die bisherige Vorstandschaft, an deren Spitze der zur Bayerischen Volkspartei zählende Verfassungsrechtslehrer Professor Dr. Nawiasky steht, zum Rückzug zu zwingen. Zu diesem Zweck hatten sie in die Versammlung etwa 70 ihrer Leute hineingeschmuggelt, die dem Verein gar nicht angehören und infolgedessen auch kein Stimmrecht besaßen. Die Rede ihres Wortführers ließ schnell die Absicht der Versammlungssprengung erkennen, so daß es noch rechtzeitig, allerdings nach wüsten Lärmszenen und Prügeleien gelang, die Skandalmacher aus dem Hörsaal zu entfernen. Die Nazi-Studenten machten dann mit Hilfe der Stahlhelm-Studenten und des Hochschulrings „Deutscher Art" eine eigene Versammlung auf und gründeten eine neue Ortsgruppe.

Es ist das erstemal, daß in einem Hörsaal der Münchener Universität in Anwesenheit vieler Professoren, die die Beschimpfung ihres Kollegen Nawiasky wegen seiner jüdischen Abstammung stillschweigend anhörten, ein derartig wüster Radau inszeniert wurde. Für die nächsten Tage sind weitere Versammlungen der rechtsradikalen Studenten angekündigt, in denen gegen das bayerische Kultusministerium wegen der Rückzahlung der Zwangsbeiträge an den Vorstand der deutschen Studentenschaft Stellung genommen werden soll. Bezeichnend für den Geist der Münchener Studentenschaft ist auch, daß trotz des Verbotes des Rektors, bei der Münchener Technischen Hochschule nach wie vor die Liste der Deutschen Studentenschaft zur Eingeichnung gegen den Young-Plan aufliegt.

Auch Kiel muß sich wehren.

Kiel, 26. Februar.

Der Senat der Universität Kiel hat der Kieler „Freien Studentenschaft", die sich aus der Deutschen Studentenschaft entwickelt hatte, die Anerkennung als akademischer Verein entzogen. In der Bekanntmachung des Rektors wird die Maßnahme damit begründet, daß die Kieler Freie Studentenschaft bei der von ihr veranstalteten Reichsgründungsfeier dem ausdrücklichen Hinweis, ihr stehe das Führen der Universitätsfarben nicht zu, entgegengehandelt, überdies aber in einem Schreiben an den Rektor eine so wenig angemessene Haltung eingenommen habe, daß die Beantwortung abgelehnt werden mußte.

Reichswehr vergißt Waffen.

Merkwürdiges Urteil über merkwürdigen Tatbestand.

Braunschweig, 26. Februar (Eigenbericht).

Das große Schöffengericht in Salder sprach die Besitzer mehrerer vom Reichsbanner entdeckter Waffenlager von der Anklage des unbefugten Waffenbesitzes frei. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Die Waffenlager wurden seinerzeit in Salder entdeckt. Sie bestanden aus über 80 Gewehren, einem schweren und einem leichten Maschinengewehr, sowie viel Munition. Die Freisprechung der angeklagten Waffenbesitzer erfolgt mit der Begründung, daß es sich bei bei den Waffenlagern um Bestände der Reichswehr gehandelt habe, und daß sie der Reichswehr auch noch gehörten, trotzdem deren Existenz in Vergessenheit geraten sei. — Ein seltsamer Spruch, mit einer noch seltsameren Begründung!

Land mit Ueberschuß.

Das kleine Anhalt hat 800000 Mark erspart.

Dessau, 26. Februar (Eigenbericht).

Dem Anhaltischen Landtag ist am Mittwoch der Abschluß des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1928 zugegangen. Daraus ergibt sich, daß ein Ueberschuß von 798 000 Mark erzielt worden ist. Auf Anregung und mit Zustimmung des Landtags soll der Ueberschuß für die Deckung ordentlicher Ausgaben des Jahres 1929 verwendet werden. Es soll aus ihm ein Betriebsvorschuß für die Staatskassen gebildet werden, den es seit der Geldentwertung nicht mehr gegeben hat.

In der heutigen Zeit der üblichen Etatsüberschreitungen bedeutet der in Anhalt für das Jahr 1928 erzielte Ueberschuß eine Anerkennung der vorsichtigen Finanzpolitik des sozialdemokratischen Finanzministers.

Dr. Curtius erkrankt. Wie verlautet, ist Reichsaußenminister Dr. Curtius erkrankt. Er nahm deshalb an der Mittwochsitzung der vereinigten Ausschüsse zur Beratung der Young-Gesetze nicht teil. Der Minister hofft aber, am Donnerstag der Sitzung wieder beiwohnen zu können.

Kardinal Merry del Val, 1903 bis 1914 päpstlicher Staatssekretär, ist, 65 Jahre alt, in Rom während einer Blinddarmoperation gestorben.

Schwindelhafte Zahlen.

Was verdient der Bauarbeiter?

Um ihren Angriff auf die Arbeiterlöhne zu rechtfertigen, veröffentlichen die Bauunternehmer durch die Konjunkturkorrespondenz, die stets zur vollen Verfügung der Unternehmer steht, sowie in der „Industrie- und Handelszeitung" schwindelhafte Zahlen über die Löhne im Baugewerbe. Das wird so gemacht. Man führt die Spitzenlöhne der Akkordmaurer in Berlin — außerhalb Berlins ist Akkordarbeit nicht üblich — an und rechnet aus den Stundenlöhnen heraus, wieviel so ein Akkordmaurer die Woche und somit auch das ganze Jahr verdienen müßte, wenn — ja, wenn er die ganze Woche und erst recht ein ganzes Jahr ununterbrochen beschäftigt wäre. Neben diese imaginären Einkommen eines nicht existierenden Akkordmaurers stellt man die Löhne, die in anderen Berufen und an anderen Orten verdient werden.

Da die von den Unternehmern und ihren Hilfsorganen veröffentlichten Zahlen einer Erhebung entnommen sind, die das Statistische Reichsamt angestellt hat, so führen wir diese Löhne hier zur Ergänzung noch an. Danach verdiente der Maurer in den Großstädten 61,08 M. die Woche, in Mittelstädten 51,30 M., in der untersten Ortsklasse 41,26 M. Die Zimmerer verdienten in diesen drei Ortsgruppen 56,92 M., 52,02 M. und 41,24 M. Die Bauhilfsarbeiter 52,06 M., 44,01 M. und 35,21 M. Die Tiefbauarbeiter 37,80 M., 35,86 M. und 39,97 M. Vergleicht man diese Löhne mit denen in anderen Industrien und Berufen, so wird man feststellen, daß die Bauarbeiter keineswegs die hohen Löhne haben, die sie durch die schwindelhaften Zahlen der Unternehmer angekreidet bekommen.

Bei diesen Wochenlöhnen muß berücksichtigt werden, daß die Arbeitslosigkeit im Bauberuf eine periodische ist und eine viel längere als in den meisten aller anderen Berufe. Dazu kommt die Verringerung des Einkommens durch Witterungseinflüsse und durch den häufigen Stellenwechsel. Der Bauarbeiter geht nicht in eine Fabrik, sondern übt seinen Beruf sozusagen im Umherziehen aus. Die hohen Bauarbeiterlöhne, mit denen die Unternehmer ihre Offensive rechtfertigen möchten, sind eine Legende.

Bedenkt man, daß von einem Preisabbau nirgends etwas zu spüren ist, dagegen die Verteuerung von Gas, Wasser und Elektrizität eine Realität ist, von Bier, Tee, Kaffee unmittelbar bevorsteht, dann ermißt man, wie die nunmehr enthüllten Absichten der Bauunternehmer wirken müssen.

Die aus öffentlichen Mitteln gespeiste „Industrie- und Handelszeitung" tritt für diese Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne mit der sonderbaren Begründung ein, daß man im Baugewerbe mit einer Reihe von mageren Jahren rechnen müsse. Das bedeutet für die Bauarbeiter ein noch geringeres Jahreseinkommen durch verlängerte Arbeitslosigkeit. Woraus die „Industrie- und Handelszeitung" aber den überraschenden Schluß zieht, daß die voraussichtlich geringeren Einkommen noch mehr gekürzt werden müßten.

Wodurch das Bauen so teuer wird, verrät ja die „Industrie- und Handelszeitung" selbst, indem sie nicht nur von den überhöhten Preisen in der Baustoffindustrie spricht, sondern auch die Tatsache erwähnt, daß von 1927 bis 1929 rund 9000 Baufirmen neu gegründet worden sind, obwohl es doch gerade im Baugewerbe nicht an Unternehmern fehlt. Das Geschäft eines Bauunternehmers, zu dem man sich derart drängt, muß demnach sehr lohnend gewesen sein — was man vom Beruf des Bauarbeiters nicht sagen kann. Es sei denn, man bedient sich der schwindelhaften Zahlen, die die Bauunternehmer in die Oeffentlichkeit lancieren.

Hinter dem Transparent.

Die graue Wirklichkeit der „revolutionären Welle".

Wer durch seinen Beruf gezwungen ist, die „Rote Fahne" zu lesen und die knalligen Ueberschriften mit der Wirklichkeit zu vergleichen Gelegenheit hat, der weiß, daß die russische Regierung für ihr Geld sehr wenig bekommt. Man vergleiche z. B. die Ueberschriften zu den Betriebsrätewahlen, die bombastisch aufgemachten Entschließungen mit den nüchternen Tatsachen. Die wollen wir hier einmal ganz kurz sprechen lassen.

Im Siemenskonzern bemüht sich die KPD.-Zellenleitung schon seit Wochen, „rote" Wahlausschüsse und „rote" Betriebsratskandidatenlisten zusammen zu bekommen. In der ersten Zeit berief man die Versammlungen nach dem einzigen größeren Saal, den Siemensstadt besitzt, nach dem Lokal von Weidner, Sternfeld, ein.

Am 22. Januar 1930 konnte man feststellen, daß im Kleinbauwerk der Parole der KPD. von etwa 3000 Beschäftigten 6 (sechs) Personen gefolgt waren.

Am 7. Februar 1930 fand in Sternfeld eine öffentliche Betriebsversammlung der Wernerwerke statt. Belegschaftszahl rund 20 000, anwesend 59.

Nach diesen Pleiten wurde die KPD. wesentlich bescheidener und berief die Oppositionsversammlungen nach kleineren Lokalen ein. So fand am 18. Februar 1930 für die Tischlerei der Siemens-Wernerwerke im Lokal Allemania-Sportplatz eine Versammlung statt. Von 250 Belegschaftsmitgliedern waren 15 erschienen. Von diesen 15 waren 6 Arbeiterratsmitglieder, von den verbleibenden 9 waren 3 Freigewerkschafter und gleichzeitig Sozialdemokraten, so daß man gar nicht erst getraute, die Versammlung abzuhalten.

Am selben Tage fand für das Wernerwerk III, Holzdamm, ebenfalls eine öffentliche Versammlung statt. Anwesend waren von etwa 600 Belegschaftsmitgliedern außer der erschienenen Leitung 7 (sieben) Personen.

Am 21. Februar 1930 fand für das Dynamowerk eine öffentliche Versammlung bei Kant statt. Von der Belegschaft von 2400 waren 26 Personen erschienen. Der kommunistische Redner forderte zum Schluß seines Referats auf, die Vorschläge zur Betriebsratswahl schriftlich bei ihm einzureichen, damit sie nicht etwa rechtzeitig der Firma Siemens in die Hände fallen.

Für das Wernerwerk Spandau-Süd fand am gleichen Tage eine öffentliche Versammlung statt, in die nur ein Mann hineingeströmt war. Belegschaftsstärke etwa 1000. Hier getraute sich nicht einmal die Versammlungsleitung zu erscheinen, da sie befürchtete, die Saalkosten, Heizung usw. zahlen zu müssen.

Am 24. Februar 1930 fand für das Wernerwerk Spandau-Nord und Flumowerk im Lokal „Zum Exer" ebenfalls eine öffentliche Versammlung statt. Von der 1500 Mann starken Belegschaft waren 22 Mann anwesend.

Da die Pleite im Wernerwerk III am 18. Februar sehr groß war, versuchte man am 24. Februar nochmals an die Belegschaft heranzukommen. Der Erfolg war noch niederschmetternder. Ganze 3 Figuren waren dem Ruf der KPD. gefolgt.

Am 18. Februar 1930 fand gleichfalls eine Betriebsversammlung des Fräsenbaus statt, einberufen von der KPD. Der Betriebsvorsitzende, der zum gleichen Tage bereits eine Versammlung im gleichen Lokal vorgesehen und einberufen hatte, stellte bei Betreten des Lokals fest, daß der Vorstandstisch durch den anderen ominösen Einberufer besetzt war, der nun versuchte, die Betriebsversammlung zu leiten. Ein deutlicher Hinweis — und der Abgesandte Moskaus verschwand sang- und klanglos.

Das also sind die Erfolge der „Massenpartei" im Siemenskonzern. Zu allen diesen Versammlungen sind vorher Handzettel verteilt worden. In den kommunistischen Betriebszeitungen, zum Teil auch in der „Roten Fahne" wurde außerdem vorher auf diese Versammlungen hingewiesen. Hinter dem in Permanenz illustrierten Transparent der KPD. über die „revolutionäre Welle" verbirgt sich tatsächlich eine Riesenpleite.

*

Da die KPD. nicht mehr imstande ist, die Arbeiter in Belegschaftsversammlungen zu locken, die von ihr einberufen sind, versucht sie, sich der Versammlungen zu bemächtigen, die von den Gewerkschaften oder unserer Partei einberufen werden. Aber auch das gelingt ihr nicht.

Nun hat sie einmal eine Versammlung zu sprengen vermocht, die von unseren Genossen der F. Werner AG. — eine alte kommunistische Hochburg — einberufen wurde. Leicht ist es den von überall zusammengetrommelten Nachläufern der KPD. auch hier nicht geworden. Aber das Freudengeheul der „Roten Fahne" ist bestimmt zu früh. Auch in dieser Hochburg der KPD. wird unser Vormarsch nicht aufgehalten werden.

Arbeitersolidarität!

Sie ist bei den Lithographen und Steindruckern zu Hause.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen und Steindrucker hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung ab, die von etwa 1000 Verbandsmitgliedern besucht war. Der Vorsitzende, Genosse Hoffmann, gab zunächst einen umfassenden Ueberblick über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse des Vorjahres, wobei er ganz besonders auf die ungeheuere Erwerbslosigkeit und ihre Ursachen einging.

Obwohl die allgemein ungünstige Arbeitsmarktlage nicht ohne Wirkungen auf das Lithographie- und Steindruckergewerbe geblieben ist, ist es dank der straffen Organisation und der vorbildlichen Solidarität der Verbandsmitglieder gelungen, die Löhne und Arbeitsbedingungen zu halten. Die Mitgliederbewegung weist einen Zugang von 266 Mitgliedern auf, so daß in Berlin Ende 1929 insgesamt 5153 Arbeiter des Lithographie- und Steindruckgewerbes, sowie der verwandten Gewerbe, freigewerkschaftlich organisiert waren.

Von der finanziellen Leistungsfähigkeit dieser kleinen aber festgefügten Berufsorganisation legte der Kassenbericht Zeugnis ab, den Genosse Gragen erstattete. Danach sind im vorigen Jahre von der Hauptkasse an erwerbslose, kranke, invalide Mitglieder usw. rund 225 000 M. an Unterstützungen gezahlt worden, wozu auch aus der Lokalkasse statutarische Zuschüsse in Höhe von etwa 25 000 M. kamen. Weiter wurden — ebenfalls aus lokalen Mitteln — rund 1500 M. an besonders in Not geratene Mitglieder gezahlt und aus Mitteln einer freiwilligen Sammlung, die eine Einnahme von 43 669 M. ergeb, bis zum 1. Februar d. J. rund 35 000 M. an Mietbeihilfe für erwerbslose Verbandsmitglieder.

Die Tätigkeit des Ortsvorstandes wurde in der Diskussion von allen Rednern, auch von den kommunistischen, restlos anerkannt. Die Vorwürfe, die von einigen Kommunisten hinsichtlich der Stellungnahme der Gewerkschaften zur Frage der Rationalisierung erhoben wurden, wurden schon von den Anhängern der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung so gründlich widerlegt, daß sich Genosse Hoffmann in seinem Schlußwort sehr kurz fassen konnte. Der Opfermut der Verbandsmitglieder kam erneut in vorbildlicher Weise zum Ausdruck bei der Behandlung eines Antrages des Ortsvorstandes, in dem zur Unterstützung der ausgesteuerten erwerbslosen Verbandsmitglieder wieder die Erhebung einer Extrasteuer gefordert wurde. Der Antrag des Ortsvorstandes wurde durch einen aus der Mitte der Versammlung gestellten Zusatzantrag sogar noch erweitert und dann einstimmig angenommen. Er sieht für die Zeit vom 7. März bis einschließlich 30. Mai folgende Extrabeiträge vor: Bei einem Wochenverdienst bis zu 60 M., 50 Pf. pro Woche, bei einem Wochenverdienst von 61 bis 80 M., 1 M. je Woche, bei einem Wochenverdienst von 81 bis 100 M., 2 M. je Woche und bei einem Wochenverdienst von über 100 M., 5 M. je Woche.

Erfolgreicher Kampf der Schuhmacher.

Der Streik bei Hönigsberg, Zeit und Co. beendet.

Der Streik in der Schuhfabrik Hönigsberg, Zeit und Co. ist erfolgreich beendet. Die Firma wurde durch das geschlossene Vorgehen der Arbeiterinnen in der Stepperei und Vorrichterei gezwungen, die Entlassungen der beiden Vorrichterinnen rückgängig zu machen. Darauf wurde gestern einmütig die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Damit haben die im Zentralverband der Schuhmacher organisierten Arbeiterinnen bewiesen, daß man in der freien Gewerkschaft Kämpfe mit Erfolg zu führen versteht. Der Streik konnte nur deshalb nach kurzer Dauer mit Erfolg durchgeführt werden, weil hinter den Streikenden die ganze Macht des Zentralverbandes stand. Die hohlen Worte der kommunistischen Spalter locken keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Das werden zu ihrem Leidwesen gar bald alle die erfahren, die diesen Spaltern nach- und aus dem Zentralverband herauslaufen.

Schwere Zeiten bei den Steinarbeitern

Organisation stabil, trotz Quertreiber und Spalter.

Während die Berliner Steinarbeiter in den Jahren nach der Inflation eine verhältnismäßig gute Konjunktur hatten, ist in diesem Gewerbe im vorigen Jahre ein Rückschlag eingetreten. Zum erstenmale in der Nachinflationszeit sind im vorigen Jahre selbst in der Zeit der sogenannten Hochkonjunktur noch arbeitslose Steinsetzer auf dem Nachweis vorhanden gewesen. Aber auch in den verwandten Berufen, wie bei den Steinmetzen, den Alabaster- und Marmorarbeitern usw., war die Beschäftigung nur immer für kurze Zeit zufriedenstellend. Die Ursachen dafür sind die gegenüber der Vorkriegszeit veränderte Straßenbauweise, die allgemeine schlechte wirtschaftliche Lage, die Finanzkalamität der Kommunen, nicht zuletzt aber auch die Prämien- und Akkordarbeit, die von dem sogenannten Gesellenverein der Steinarbeiter propagiert wird.

Trotzdem ist es der Organisation in Berlin im vorigen Jahre gelungen, in sämtlichen Branchen Lohnerhöhungen von insgesamt 7 Pfennig und in der Werkstein- und Marmorgruppe nach einem 3½wöchigen Streik von 8 Pfennig durchzusetzen. Angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage der Steinarbeiter ist es unverständlich, daß ein Teil dieser Berufsangehörigen oftmals noch Ueberstunden in erheblicher Zahl leistet, obwohl der Achtstundentag tariflich verankert ist.

Wie der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle der Steinarbeiter, Genosse Ritsche, in der letzten Generalversammlung ausführte, müssen die Verbandsmitglieder die Organisationsleitung mehr als bisher bei der Bekämpfung dieser Ueberarbeit unterstützen. Noch verwerflicher als das Treiben dieser Ueberstundenschieber ist das einiger sogenannter „oppositioneller" Verbandsmitglieder, die auf die Abspitterung eines Teils der organisierten Steinarbeiter von ihrer Mutterorganisation hinarbeiten und bereits geheime Verhandlungen mit den ausgeschlossenen Zimmerern und Rohrlegern, sowie mit dem Gesellenverein(!) zwecks Gründung eines kommunistischen Steinarbeiterverbandes geführt haben. Genosse Ritsche stellte in der Generalversammlung den Antrag, die Verbandsmitglieder Leuschke und Baigt, die sich an dieser Minierarbeit hervorragend beteiligt haben, aus dem Verbande auszuschließen, was die Generalversammlung nach eingehender Debatte auch mit 216 gegen 139 Stimmen beschloß.

Aus dem gedruckten Geschäftsbericht ist noch zu ersehen, daß der Mitgliederbestand im verflossenen Jahre im allgemeinen stabil geblieben ist. Die Berliner Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes musterte am Schluß des Berichtsjahres 2406 Mitglieder. Der Lokalkassenbestand hat sich infolge der erhöhten Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung um 3743 M. auf 31 440 M. verringert. Die Generalversammlung wählte gegen etwa 6 Stimmen die bisherigen Angestellten der Ortsverwaltung en bloc wieder.

Unvereinbar!

Mitglied der KP. kann nicht Gewerkschafter sein.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat — parallel mit der Sozialdemokratischen Partei — beschlossen, die Gewerkschaftsmitglieder aufzufordern, bei der Volksabstimmung über die Revision der Alkoholgesetzgebung am 6. April für den Revisionsentwurf der Bundesversammlung zu stimmen. Die Arbeiterunion, d. h. das Gewerkschaftskartell der Moskauer Hochburg Schaffhausen dagegen, die unter kommunistischer Führung steht, beschloß, der Parole der Kommunistischen Partei zu folgen und von den Mitgliedern der Schaffhausener Gewerkschaften die Ablehnung des Revisionsentwurfs zu fordern.

Der Bundesausschuß der schweizer Gewerkschaften sah sich deshalb genötigt, dem Gewerkschaftskartell die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsbund abzuerkennen. Die Schaffhausener Sektionen der schweizer Gewerkschaften müssen also ihre Mitgliedschaft bei der Arbeiterunion lösen.

Neue Betriebsräte.

Was muß der Betriebsrat wissen? Um die Kollegen darüber zu informieren, veranstaltet die Berliner Gewerkschaftsschule folgende Kurse:

Kursus SO 16: „Das Wahlverfahren und die Tätigkeit des Betriebsrates". Lehrer: Fritz Fricke. Unterrichtsstätte: Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz. Beginn: Mittwoch, 12. März, 19 Uhr.

Kursus C 17: „Das Wahlverfahren und die Tätigkeit des Betriebsrates". Lehrer: Dr. Kahn-Freund, Amtsgerichtsrat am Arbeitsgericht Berlin. Beginn: Donnerstag, 13. März, 19 Uhr.

Beide Kurse behandeln das Wahlverfahren, die Geschäftsführung, die Obliegenheiten des Betriebsrates und den Entlassungsschutz.

Dauer der Kurse fünf Abende. Teilnehmergebühr 2 M. für den gesamten Lehrgang. Anmeldungen werden entgegengenommen in den Lehrberatungssprechstunden jeden Montag und Freitag von 16—19 Uhr im Zimmer 35 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24—25, o. II, in den Ortsverwaltungen der Verbände und am ersten Kursabend.

SPD., Brunnenstraße. Fraktionsversammlung am Freitag, 16 Uhr, im Lokal Carus, Bollestr. 19. Alle Genossen müssen erscheinen.
Der Fraktionsvorstand.

Verband der Maler. Morgen, Freitag, 19½ Uhr, im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Saal 4, Mitgliederversammlung. „Die Aufgaben der Betriebsräte im Malergewerbe." Referent: Emil Barth. Diskussion.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. Lichtbildervortrag: „An mein Volk" von Paul Simmel. — **Schöneweide:** Jugendheim Niederschöneweide, Berliner Straße 31. Kurzreferate: „Allerlei aus Betrieb und Werkstatt". — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Rote Schule, Badstraße Str. 2. Werbeabend. — **Südosten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Bunter Abend. Unsere Jüngeren wollen uns überraschen. — **Tempelhof:** Gruppenheim Ecke Germaniastr. 4—6. Jd. lach man mal. — **Moabit:** Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Vortrag: „Das Recht der Arbeit". — **Landsberger Platz:** Jugendheim Große Frankfurter Str. 16, Zimmer 6. Wer ist der beste. Preisspielabend. — **Lichtenberg und Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Hauff- an der Lessingstraße. Lichtbildervortrag: „Der deutsche Wald". — **Frankfurter Allee:** Jugendheim Frankfurter Allee 207 (Walter-Fasbender-Zimmer). Aus der Jugendzeit unserer Gruppe. Unsere Gruppenväter sollen sich Mühe geben.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Pankow-Niederschönhausen:** Jugendheim Görschstr. 14 (großes Zimmer). Kurzreferate. — **Treptow:** Jugendheim der Schule Wildenbruchstr. 56 (Zugang von der Graetzstraße in Treptow). „Aus alten Sagen." — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 13 (Fasgebäude, Thüringenzimmer). Friedrich-Ebert-Gedenkabend. — Ab 19½ Uhr Volkstanzkursus im Pestalozzi-Lyzeum, Lichtenberg, Prinz-Albert-Str. 44.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage „Unterhaltung und Wissen" und „Frauenstimme".

Die Burg der Erfinder.

Nur 25–30 Proz. der Erfindungen werden patentiert.

Das auf eine über 30 Jahre alte Tätigkeit zurückblickende Reichspatentamt befindet sich in einem Riesenpalast in der Nähe des Halleschen Tores, in der Gitschiner Straße. Sein Aufgabenkreis ist weitesten Teilen der Bevölkerung bekannt: er besteht aus Erteilung und Nichtigkeitserklärung von Patenten sowie der Erteilung von Zwangslizenzen. Seit anno 1891 kommt noch die Eintragung von Gebrauchsmustern und seit 1894 die Eintragung und Löschung von Warenzeichen hinzu.

Das Reichspatentamt weist zwölf Anmeldeabteilungen, Beschwerdeabteilungen gegen die Entscheidungen der als erste Instanz geltenden Anmeldeabteilungen sowie die Nichtigkeitsabteilung auf. Es beschäftigt nebst einem Präsidenten sieben Direktoren, acht Oberregierungsräte als Abteilungsvorsitzende, 31 Mitglieder der Beschwerde- und Nichtigkeitsabteilungen, 127 Mitglieder der Anmeldeabteilungen und weitere 65 Regierungsräte als technische Mitarbeiter auf. Dazu kommt noch das staatliche Büropersonal des in der Tat gigantischen Betriebes; insgesamt verdienen hier nicht weniger als etwa 1000 Beamte ihr Brot. Dieser große Apparat ist aber unbedingt erforderlich, wenn man bedenkt, daß sich die Anmeldeabteilungen in 89 Klassen und darüber hinaus fast 10000 Unterklassen verteilen und daß z. B. im Jahre 1926 „nur" 65 000 Patente angemeldet worden sind. Seither wurde die Zahl 70 000 längst überschritten. Naturgemäß werden im Bestfalle (dies ist eben die sogenannte „andere Seite") 25 bis 30 Proz. der angemeldeten, mitunter recht unbedeutenden Erfindungen patentiert und im Durchschnitt erlebt nur 1 bis 1½ Proz. der erteilten Patente die Schutzfrist. Diese währte dereinst nur 15 Jahre; später wurde die Patentdauer auf Wunsch der Industrie auf 18 Jahre erhöht, vom Tage der Anmeldung gerechnet. Die Patente können im angebrachten Falle auch zurückgenommen werden, wenn dieses Verfahren den Bedürfnissen eines Industriezweiges Rechnung trägt; da werden die oben erwähnten sogenannten Zwangslizenzen ausgegeben.

Die Bibliothek.

In einem besonderen Anbau befindet sich die einzigartige Bibliothek des Patentamtes, die die größte technische Bibliothek Deutschlands, ja sogar vermutlich des ganzen Kontinents darstellt. Bis vor dem Kriege wurden 1,3 Millionen Mark für Beschaffungen ausgegeben. Im Reichshaushalt der Nachkriegs- und Nachinflationsjahre sind stets größere Summen für diesen Zweck bewilligt worden, um die Kriegslücken auszufüllen. Der Umfang der Bibliothek beläuft sich auf annähernd 7 Millionen Patentschriften in allen Sprachen der Welt. Und in der Tat kommt es mitunter vor, daß z. B. eine japanische oder türkische Patentschrift dringend gebraucht wird! Mit sämtlichen Veröffentlichungen von den internationalen Patentbehörden sind weitere etwa 100 000 Bände vorhanden, dazu kommen noch etwa 80 000 Bände Fachbücher und mehr als 90 000 Bände Fachzeitschriften. Bemerkenswert ist ferner, daß die Burg der Erfinder auch eine vorbildliche Präsenzbibliothek unterhält, die sich einer außerordentlich lebhaften Benutzung durch das Publikum im Lesesaal erfreut. Allein die Kataloge umfassen da drei dicke Bände mit alphabetischem Register. Die Vorlage des Reiches und des Auslandes tragen zur Vervollständigung des wertvollen Fachschriftenmaterials insofern bei, als sie ihre eventuell in Frage kommenden Neuerscheinungen prompt einsenden. Die Büchereingänge werden sodann sorgfältig geprüft und mit dem Vermerk „notwendig", „wünschenswert" oder „überflüssig" versehen.

*

In der großen Bibliothek des Reichspatentamts herrscht — gleich dem ganzen Palast — reges Leben und Treiben. Patentanwälte, Vertreter großer Industrieunternehmungen und Erfinder beider Geschlechter gehen in der Tat scharweise ein und aus. So manche erwarten natürlich zumindest Goldberge von ihrer welterschütternden Erfindung und grollen dann nicht wenig, wenn die mitunter sauer erworbenen 25 M. durch das „Unverständnis" der Herren Oberregierungsräte verloren gehen. Die 25 M. müssen nämlich gleichzeitig mit der Anmeldung der neuen „Sensation" für das oft unbeschreiblich schwierige Prüfungsverfahren hinterlegt werden. Sie gehen natürlich auch dann „flöten", wenn ein Patent nicht erteilt werden kann. Und dann fühlen sich die großen Geister „unverstanden". Sie sollten lieber, im Gegensatz zu dem alten Spruch, die Parole beherzigen: „Studieren geht mitunter übers Probieren!"

Für unsere Alten!

Berlin sorgt für sie trotz größter Finanznot.

In Gegenwart von zahlreichen Vertretern des Magistrats und der Bezirkskörperschaften wurde gestern im Bezirk Pankow das neue Altersheim in der Hauptstraße 62/63 in Berlin-Buchholz durch den Stellvertretenden Bürgermeister Dr. Taeger eröffnet.

Das Bedürfnis, gerade in Pankow ein neues Altersheim zu schaffen, ist nicht neu. Die Sozialdemokraten waren es, die immer wieder auf die Notwendigkeit hinwiesen und so das Werk, das gestern der Oeffentlichkeit übergeben wurde, förderten. Das Heim hat eine besonders schöne Lage. Es ist von einem großen Park umgeben, es liegt in freier Luft, und es wird in seinem inneren Ausbau unseren alten Mitbürgern alle Bequemlichkeiten für ihren Lebensabend bieten. Schmucke Zimmer, die in lebendigen Farben gehalten sind, warten auf ihre Bewohner, eine vorbildliche Küche, die mit allen maschinellen Einrichtungen der modernen Technik ausgestattet ist, sorgt für das leibliche Wohl. Jedes Zimmer hat seinen Radioapparat, eine lustige, der Sonnenseite zugekehrte Veranda gibt Gelegenheit zu bequemer Siesta, blitzsaubere Baderäume sind eingerichtet, gemütliche Gemeinschaftszimmer mit Tischen für vier oder fünf Personen, mit Decken und Blumentöpfen darauf, sind geschaffen. Der sozialdemokratische Stadtrat Gütig, dessen Obhut das Heim unterstehen wird, konnte mit Stolz den Gästen das Geschaffene vorführen.

Das Grundstück hat eine Größe von mehr als sieben Morgen. Auf ihm liegen ein großes dreistöckiges Hauptgebäude und ein villenartiges, ebenfalls dreistöckiges Nebengebäude. Wie wir schon berichteten, hat das Bezirksamt im Jahre 1928 dieses ganze Grundstück mit dem großen herrlichen Park und seinem alten Baumbestand für die Summe von 215000 Mark erworben. Der Ausbau der Gebäude, der im Mai vorigen Jahres begonnen wurde, erforderte neue 201 000 Mark. Das Hauptgebäude kann 60 Personen aufnehmen, das Nebengebäude 25 Personen. Für die Aufnahme sind alte hilfsbedürftige Einwohner beiderlei Geschlechts von ganz Berlin aus Kreisen der Klein- und Sozialrentner und des gewerblichen Mittelstandes vorgesehen. Bevorzugt werden Personen, die eine Wohnung für den allgemeinen Wohnungsmarkt dem Bezirksamt zur Verfügung stellen können. Das Bezirksamt Pankow hofft, so mindestens 40 bis 50 Wohnungen der Allgemeinheit zuführen zu können. Das Personal ist vom Arbeitsamt überwiesen worden, und die bisher arbeitslosen jungen Mädchen sind froh, hier ein hübsches Zimmer und eine segensreiche Wirkungsstätte gefunden zu haben.

Mit verhältnismäßig geringen Mitteln ist hier in einer Zeit schwerer finanzieller Not ein Werk praktischer sozialer Fürsorge geschaffen worden. Es wird, so hoffen wir, Zinsen tragen nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch in den Herzen der alten Männer und Frauen, die hier eine Heimstätte finden werden.

Liebestragödie im Hotel.

Mit 20 und 17 Jahren schon lebensmüde.

Gestern nachmittag versuchten in einem Hotel in der Gollnowstraße der 20jährige Hans W. und die um drei Jahre jüngere Hanni G. sich das Leben zu nehmen.

Das junge Paar war in den frühen Vormittagsstunden in dem Hotel abgestiegen. Als sie sich bis Mittag nicht sehen und hören ließen, schöpfte das Hotelpersonal Verdacht und drang in das Zimmer ein. Auf einem Ruhesofa fand man die beiden jungen Leute leblos auf. Ein hinzugerufener Arzt stellte bei beiden noch schwache Lebenszeichen fest. Daraufhin wurde sofort die Feuerwehr alarmiert, die Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff vornahm, die nach langwierigen Bemühungen auch von Erfolg waren. Die Lebensmüden wurden in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie bedenklich daniederliegen. Allem Anschein nach haben sie eine größere Menge eines starken Schlafmittels zu sich genommen. Wie aus hinterlassenen Abschiedsbriefen hervorgeht, waren die Eltern des Paares wegen ihrer allzugroßen Jugend gegen eine eheliche Verbindung. Das glaubten die Liebenden nicht ertragen zu können und sie faßten den Entschluß, gemeinsam in den Tod zu gehen.

*

Auf dem Untergrundbahnhof Wittenbergplatz spielte sich gestern gegen 17 Uhr, zur Zeit des stärksten Nachmittagsverkehrs, ein aufregender Vorfall ab. Ein älterer Herr stürzte sich vor die Räder eines einfahrenden Zuges und wurde auf der Stelle getötet. Die alarmierte Feuerwehr mußte den Wagen anheben, um die Leiche bergen zu können. Der Selbstmörder wurde als ein 63jähriger Pensionsinhaber F. Koreneß vom Kurfürstendamm 163 festgestellt. Der Grund zu dem Verzweiflungsschritt ist nicht bekannt.

Das Mordgeheimnis von Halle

Die Frau des Getöteten aus der Haft entlassen.

Wiederholt berichteten wir über die geheimnisvolle Mordaffäre Bauer-Peters in Halle an der Saale. Jetzt hat die Angelegenheit eine neue Wendung genommen:

Am 15. Februar war in der Saale bei Wettin eine männliche Leiche gefunden worden. Es handelte sich um den im Dezember 1929 verschwundenen Direktor Bauer von der Mitteldeutschen Speditions- und Schiffahrtsgesellschaft Saale in Halle. Man hatte damals gleich angenommen, daß Bauer ermordet war, der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen seine eigene Ehefrau und einen Privatdetektiv namens Peters. Nach der Beerdigung Bauers wurde die Witwe Bauers im Magdeburger Polizeipräsidium vernommen. Die Vernehmung führte zu ihrer vorläufigen Festnahme. Peters war ebenfalls festgenommen worden. Es bestand der Verdacht, daß Bauer von Peters ermordet und Peters von der Ehefrau Bauer dazu angestiftet worden ist. Die Herkunft eines namenlosen Schreibens an Frau Bauer, das von der Polizei abgefangen wurde, bedurfte vor allem der Klärung.

Jetzt ist Frau Bauer aus der Haft entlassen worden. Sie hat bei einer Gegenüberstellung, die noch nach Mitternacht erfolgte, dazu beigetragen, das Beweismaterial gegen Peters zu verdichten. Peters scheint Psychopath zu sein. Was er im Augenblick bestreitet oder zugibt, widerruft er im nächsten Augenblick.

Die Hauptbelastung für Peters besteht darin, daß er den namenlosen Brief, der außerordentlich belastend für Frau Bauer war, durch eine andere Frau, zu der er in intimen Beziehungen steht, hat anfertigen lassen.

Die Briefschreiberin ist ermittelt. Die Polizei geht unter anderem auch der Mitteilung einer Dame aus Halle nach, die sich bei der Polizei in Halle meldete und angab, Peters in der Mordnacht in Halle gesehen zu haben.

Alexirio Azevedo

Ein brasilianischer Mietshaus

49] 2.

„Mein Mann möchte etwas von Ihrem Kaffee, er rümpft die Nase über den, den wir zu Hause haben", verkündete sie mürrisch. „Er möchte, daß Sie welchen machen. Wollen Sie es tun?"

„Ja gewiß; herzlich gern", erwiderte die Bahiana, „ich komm gleich hinüber."

Aber sie brauchte ihn nicht hinzutragen, denn kurz darauf erschien der Steinbrecher selbst und rief ihr von der Tür aus entgegen:

„Ich wollte Ihnen den Weg ersparen, deshalb bin ich hergekommen. Ich darf doch eintreten?"

„Gewiß, kommen Sie nur herein, Jeronymo."

„Ich dachte, es würde hier unten besser schmecken", fügte er hinzu und sank in einen Sessel.

„Kann schon sein. Aber mir scheint, Sie haben's darauf abgesehen, Unruhe zu stiften. Ihre Frau ist wütend auf mich und redet allerhand herum. Ich will aber keinen Zank mit meinen Nachbarn haben. Das müssen Sie einsehen."

Jeronymo zuckte die Achseln.

„Armes Ding, sie ist ein guter Kerl, aber ich —" fing er an.

„Mund gehalten, Sie Bösewicht. Trinken Sie Ihren Kaffee und reden Sie nichts Schlechtes weiter. Das ist das Laster der Portugiesen — die Leute heruntermachen."

Der Steinbrecher grinste, während er den köstlich duftenden Kaffee in kleinen Schlucken trank.

„Oh, ich spreche doch nicht schlecht von ihr, ich sage nur, daß ich nicht viel an ihr finde, was mir gefällt." Und er saugte an seinem tropfenden Schnurrbart.

„Sie sind genau so roh wie alle anderen. Die Frau, die einem Mann vertraut, ist verrückt. Ich will ganz bestimmt nichts mehr von Männern wissen. Mit dem anderen hab' ich schon Schluß gemacht."

Ein Zittern ging durch des Steinbrechers Körper.

„Mit was für einem anderen, mit Firmo?"

Rita bereute, was sie gesagt hatte und fing an zu stammeln:

„Absolut wertloses Subjekt, ich will nichts mehr von ihm hören."

„Kommt er denn nicht mehr her?" erkundigte sich der Portugiese eifrig.

„Der? Na, das würde ich ihm nicht raten. Ich würde ihm nicht die Tür aufmachen. Wenn ich mit jemand gebrochen habe, dann bleibt's auch dabei."

„Ist das wahr, Rita?"

„Was? Daß ich nichts mehr von ihm wissen will? Das ist allerdings wahr. Nie wieder werde ich auf so einen hereinfallen!"

„Was macht er denn?"

„Weiß nicht; ist mir auch einerlei. Ich bin fertig mit ihm."

„Aber haben Sie denn jemand anders?"

„Ich jemand anders? Schwerlich! Ich habe keinen und ich will keinen. Für mich ist's mit Männern Schluß!"

„Warum denn, Rita?"

„Weil es sich nicht lohnt."

„Aber wenn Sie einen fänden — einen, der wirklich treu und aufrichtig ist —"

„So einen gibt's ja nicht."

„Aber ich kenne einen, der Sie mehr liebt als alles auf der Welt."

„Sagen Sie ihm, er solle nur eine andere lieben."

Als sie neben ihm trat, um die leere Tasse wegzuräumen, faßte er sie um die Taille.

„Lassen Sie mal auf — hören Sie mich doch an —"

„Ach lassen Sie das doch. Ihre Frau könnte es sehen."

„Ach kommen Sie doch näher."

„Jetzt nicht."

„Wann denn?"

„Etwas später."

„Aber wo?"

„Ich weiß nicht."

„Aber ich muß doch mit Ihnen reden."

„Schön, aber nicht so — das macht einen schlechten Eindruck."

„Aber wo können wir uns denn dann treffen?"

„Ach, ich weiß —"

Aber in diesem Augenblick erschien Piedade auf der Türschwelle, und Rita wechselte den Ton, als setzte sie ein ganz anderes Gespräch fort.

„Kalte Bäder sind ausgezeichnet dafür. Sie härten den Körper so gut ab."

Die niedergeschlagene Ehefrau kam herein und teilte ihrem Manne mit, daß Je Carlos mit Pataca da sei und daß sie mit ihm sprechen wollten.

„Ach so. Ich weiß schon, wer das ist. Leben Sie wohl, Dona Rita. Ich danke Ihnen herzlich. Wenn wir irgend etwas für sie tun können, so wissen Sie ja, wo wir zu finden sind."

Draußen warteten die beiden Männer auf ihn, und Jeronymo führte sie nach Hause, wo ihm Piedade Essen bereitet hatte, und gab ihnen durch Zeichen zu verstehen, sie sollten über den Grund ihres Besuches nicht sprechen. Dann schlang er sein Essen herunter und forderte sie auf, ein Stück mit ihm zu gehen. Auf der Straße wandte er sich um und fragte:

„Wo können wir ungestört sprechen?"

Pataca schlug die Taverna von Manoel Pepe gegenüber vom Kirchhof vor. Je Carlos war einverstanden und fügte hinzu, dort seien Hinterzimmer, die sich für vertrauliche Unterhaltung eigneten. Also lenkten sie ihre Schritte dorthin und keiner sprach zunächst ein Wort.

„Und du willst immer noch tun, was wir besprochen haben?" erkundigte sich der eine von den beiden.

„Mehr denn je", erwiderte der Steinbrecher.

„Wie willst du's denn anstellen?" fragte der andere.

„Ich weiß noch nicht. Zu allererst müssen wir herausbekommen, wo der verdammte Schurke nachts immer steckt."

„Ach, das ist leicht — bei Guarnize", fiel Pataca ein.

„Guarnize?"

„Die Taverna an der Ecke der Rua Passagen — die mit dem Hahn überm Eingang.

„Ach so, der neuen Apotheke gegenüber?"

„Ganz recht. Da geht er jeden Abend hin. — Ich hab' ihn auch gestern da getroffen. Er machte viel Radau —"

„Säuft wohl, wie?"

„Wie ein Faß. Und er war wütend über etwas, was Rita Bahiana getan hatte und was ihm nicht paßte." Jetzt standen sie vor der Taverna, traten ein und saßen bald auf leeren Seifenkisten um einen Fichtenholztisch im Hinterzimmer. Sie bestellten Paraty mit Zucker.

„Wo treffen sie sich jetzt immer?" fragte Jeronymo ganz sachlich, als ob ihn die Sache nicht sonderlich interessierte.

„Noch immer in Sao Romao?"

„Er in Sao Romao? Wo denkst du hin? Ausgeschlossen. Er ist doch jetzt Rädelsführer bei den Katzenköpfen!"

(Fortsetzung folgt.)

Eine Hundegeschichte.

Herrn Kuhlmeys Erzählungen.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich der Redakteur einer Anzahl von Bauernblättern, Fritz Kuhlmey, wegen Beleidigung des Reichpräsidenten Hindenburg und des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun zu verantworten.

Kuhlmey hatte in einem Artikel „Jagdhunde, Braun und Hindenburg" unter anderem geschrieben: Braun ist eifriger Jäger und Hindenburg sein Partner. Damit die hohen Herren ihrem Privatvergnügen nachgehen können, wird auf dem Gute Trakehnen eine Meute Hunde gehalten, die von zwei Beamten versorgt und mit Pferden gefüttert werden, ganz wie in der Vorkriegszeit unter Wilhelm. Das war am 1. Januar 1929. Am 21. September 1928 hatte die sozialdemokratische Fraktion des Landtages an die Staatsregierung eine Kleine Anfrage gerichtet, in der es u. a. hieß, daß wie in monarchistischen Zeiten in Trakehnen eine Meute Hunde zwecks Hubertusjagden gehalten werde. Sie würden mit brauchbaren Pferden gefüttert. Ja, selbst ein bloß blasenkranker Ochse sei ihnen geopfert worden. Diesen Uebergriffen müsse schnell ein Ende bereitet werden. Das Staatsministerium ließ durch den Landstallmeister Feststellungen treffen, und es ergab sich, daß die sozialdemokratische Fraktion von ihrem Gewährsmann falsch informiert worden war. In Wirklichkeit handelte es sich nur um 20 Hunde, die in üblicher Weise gefüttert wurden und nur gelegentlich Fleisch von Pferden erhielten, die ohnehin geschlachtet werden mußten. Die Hunde wurden lediglich gebraucht, um die Pferde zu Parforcejagden abzurichten. Dank dieser Hunde konnten abgerichtete Pferde zum doppelten Preise verkauft werden, so daß der Staat dadurch etwa 100 000 Mark jährlich profitierte. Die anfragende Fraktion gab sich mit dieser Erklärung zufrieden. Herr Kuhlmey hatte aber Otto Braun und Hindenburg, die nie an Pferdejagden teilnahmen, als „hohe Herren" hingestellt, zu deren „Privatvergnügen" die teuren Hunde gehalten würden und diese Behauptung mit Glossen versehen, die nur die Absicht hatten, die beiden Staatsmänner in den Augen der Kleinbauern herabzusetzen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe in Höhe von 300 M., das Gericht verurteilte den Angeklagten zur Zahlung von 200 M.

Die Schreckensnacht im Eisenbahnzug.

Sühne für einen Raubüberfall.

Frankfurt a. d. O., 26. Februar.

Der aufsehenerregende Raubüberfall, den der 25jährige ehemalige Arbeiter Sasse gemeinsam mit dem Dachdecker Max Nischke aus Halbe auf den Berliner Versicherungsdirektor Walter Heymann aus Charlottenburg in der Nacht vom 22. zum 23. November verübt hat, fand gestern vor dem Erweiterten Schöffengericht Frankfurt a. d. O. unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Wrede seine gerichtliche Sühne.

Der Eisenbahnraub hatte durch die Dreistigkeit und Kaltblütigkeit, mit der er ausgeführt wurde, großes Aufsehen erregt. Heymann, der allein in einem Abteil 2. Klasse schlief, wurde nachts gegen 2 Uhr dadurch wach, daß während der Fahrt die Tür seines Abteils geöffnet wurde. Als er erschreckt und schlaftrunken aufsprang, sagten zwei Burschen zu ihm: „Mund halten, es ist die Zugkontrolle." Die beiden Angeklagten hatten während der vollen Fahrt ihre Abteile verlassen und waren an dem Zug entlang auf den Trittbrettern in den Wagen 2. Klasse geklettert. Während Sasse die Abteiltür aufriß und sich auf das Gepäck stürzte, blieb Nischke in der geöffneten Tür stehen. **Als Sasse Direktor Heymann mit einer Pistole bedrohte und dieser Hilfe rufend in das Nebenabteil lief,** zogen die Täter die Notbremse, rafften an Gepäck zusammen, was sie fassen konnten, sprangen aus dem Zug und versteckten sich im Wald. Andere Reisende, die durch das plötzliche Halten des Zuges auf freier Strecke erwachten, wurden auf die fliehenden Täter aufmerksam. Sie konnten eine so deutliche Beschreibung der Täter geben, daß diese schon nach zwei Tagen festgenommen werden konnten, um so mehr, als sie im Verdacht standen, zwei Raubüberfälle auf alleinreisende Mädchen verübt zu haben. Zur gestrigen Verhandlung hielt der Verteidiger dem Zeugen Heymann vor, daß er in der Schlaftrunkenheit die erhobene Hand wahrscheinlich für eine Pistole gehalten habe, da bei den Angeklagten keine Waffe gefunden worden sei. Obwohl der Zeuge diese Möglichkeit zugab, hielt der Oberstaatsanwalt die Anklage wegen schweren Diebstahls mit Waffenbesitz aufrecht und beantragte ein Jahr bzw. 9 Monate Gefängnis. Die Verteidigung beantragte Bestrafung nur wegen einfachen Diebstahls und Anrechnung der vollen Untersuchungshaft. Das Gericht schloß sich diesen Anträgen an und verurteilte Sasse zu 6 Monaten und Nischke zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von je 3 Monaten Untersuchungshaft. Wegen der Bewährungsfrist für Nischke soll nach Anstellung von Ermittlungen entschieden werden.

Mörder seiner Stiefmutter?

Eine grausige Bluttat im alten Dresdner Schloß.

Dresden, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch vormittag wurde auf dem Korridor einer Wohnung im ehemaligen königlichen Schloß die 46 Jahre alte Werkmeistersehefrau Martha Höhnel in einer Blutlache aufgefunden. Die Schwerverletzte, die durch die linke Wange in den Kopf geschossen worden war, ist auf dem Transport ins Krankenhaus verstorben.

Der Tat verdächtig ist der 21 Jahre alte, inzwischen verhaftete Stiefsohn der Ermordeten, ein bisher in einem Dresdner Geschäft als Laufbursche beschäftigter Rudolf Harter. Harter hat mit seiner Stiefmutter wiederholt Differenzen gehabt, in deren Verlauf er ihr mit Tätlichkeiten drohte. In letzter Zeit spitzten sich die Streitigkeiten dadurch zu, daß Frau Höhnel drohte, ihren Stiefsohn wegen Unredlichkeiten der Polizei zu melden. Harter hat die Tat bisher geleugnet. Er hat sich jedoch bereits in Widersprüche verwickelt. Seinem Arbeitgeber ist aufgefallen, daß er sich am Mittwoch bei den Besorgungen um ¾ Stunde verspätete. Harter will in dieser Zeit einen Brief geschrieben haben. Den Empfänger hat er jedoch noch nicht genannt.

Parteiaufstieg in Wilmersdorf.

In der Jahresversammlung des Kreises Wilmersdorf, die am Dienstag im Victoriagarten tagte, gab der Kreisvorsitzende Steinhöfel den Bericht des Vorstandes. Das Jahr 1929 war für die Partei ein Kampfjahr. Ein schwerer Wahlkampf und die Massenarbeitslosigkeit haben die Partei zu erhöhter Aktivität gezwungen. Im Kreise wurden in regelmäßigen Abständen Versammlungen abgehalten, um die Mitgliedschaft und die sozialdemokratischen Wähler mit den politischen Tagesfragen vertraut zu machen. Auch unter der Beamtenschaft wurde eifrig agitiert. Die Zahl der Parteimitglieder stieg in zwei Jahren um 30 Proz. Mit großem Beifall wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Berliner Parteiorganisation die Sammlung für ein Notopfer für arbeitslose Parteimitglieder beschlossen hat. Auch die Frauen- und besonders die Jugendarbeit war sehr erfolgreich. Der Bericht des Kassierers Grunow zeigte, daß das letzte Jahr die Kassen stark beansprucht hat. Der Kreisvorstand wurde einstimmig wiedergewählt, und zwar zum 1. Vorsitzenden Steinhöfel, zum 2. Vorsitzenden Hahn, zu Kassierern Grunow und Pape und zu Schriftführern Fischbach und Bumert.

Die Polizei bessert sich!

Innenetat und Polizeifragen im Landtag.

Der Preußische Landtag setzte am Mittwoch die Beratung des Innenetats fort.

Abg. **Klein** (Dnat.) führte Beschwerde darüber, daß die parlamentarische Immunität sich nicht mehr auf die Kleinen Anfragen erstrecke. Ein „nationaler" Redakteur, der eine Kleine Anfrage aus dem Landtag abgedruckt habe, sei auf Antrag des Ministerpräsidenten zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. (Sehr gut! links.) Die Zahl der deutschnationalen Landräte in Preußen betrage nicht achtzig, wie Abgeordneter Bubert behauptet hätte, sondern sechs. Im Hauptausschuß habe der Innenminister den Kampf mit geistigen Waffen gepredigt: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren..." **Wir Stahlhelmer ziehen es vor, ehrliche und anständige Barbaren zu bleiben.** (Große Heiterkeit links. Ein Kommunist ruft: Berlier' deinen Nachttopf nicht aus dem Knapsack! — Unruhe rechts.) Das Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen, begründet mit dem Versailler Vertrag, beweise, daß die Republik in Deutschland nur auf den Bajonetten des Feindbundes ruhe. (Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. **Lademann** (Komm.) preist im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen das freie Wahlrecht und die freie Selbstverwaltung in Sowjetrußland.

Abg. Dr. **Grzimek** (Dem.): Die Festigkeit der preußischen Regierung in der preußischen Personalpolitik hat das Reich durch die schwersten Jahre gerettet. Wir halten an dieser Personalpolitik fest und wünschen, daß sie sich weiter von dem Ton der Schneidigkeit fernhält, der neuerdings bei einzelnen Beamten beliebt zu werden scheint.

Abg. **Leonhard** (Wirtschaftspartei) bespricht gleich dem Vorredner ausführlich die Not des Ostens.

Staatssekretär Dr. **Abegg** gibt zwei Erlasse bekannt, die das Demonstrationsverbot für den Tag der Ebert-Gedenkfeier und den Gefallenensonntag einschränken. Im Rahmen der verfügbaren Mittel tue die Regierung für die Grenzgebiete alles Erdenkliche.

Abg. Dr. **von Kries** (Dnat.) erörtert den innerstaatlichen Lastenausgleich. Das Zentrum habe sich beklagt, daß die Deutschnationalen in Hindenburg und Oppeln sozialdemokratische Oberbürgermeister gegen Zentrumskandidaten gewählt hätten. Aber das Zentrum habe in Oberschlesien alle berechtigten Wünsche der Deutschnationalen ignoriert. Eine Zusammenarbeit zwischen Deutschnationalen und Zentrum auf kommunalpolitischem Gebiet könne nur auf voller Gegenseitigkeit beruhen. (Hört, hört! im Zentrum; Bravo! rechts.)

Damit schließt die allgemeine Debatte. Es folgt der Polizeietat.

Abg. Marckwald (Soz.):

Im letzten Jahr sind die Beziehungen des Ministeriums zu den Polizeibeamtenverbänden sehr günstig geworden. Wir sind dafür dem Minister und seinen Räten dankbar. (Sehr gut! bei den Soz.) Auch sonst ist eine Anzahl unserer Wünsche erfüllt worden. Zielbewußte, auf Solidarität mit den Polizeibeamten beruhende Arbeit ist eben erfolgreicher als noch so schöne Agitationsreden, die mit dem Hintergedanken des Hasses gegen die angeblichen Schützlinge verknüpft sind. Die Kommunisten suchen an den Forderungen für die Schutzpolizeibeamten alle anderen Parteien zu übertreffen. Aber die „Rote Fahne" vom 15. November hat offen erklärt, **selbst wenn Polizeibeamte für die kommunistische Partei stimmten und zahlten, würden sie von den Kommunisten glühend gehaßt.** (Hört, hört! bei den Soz.) „Diesen Haß," so hieß es in dem Artikel, „wecken und schüren wir mit allen Kräften." (Bewegung.) Damit dürfte die kommunistische Agitation für die Schutzpolizeibeamten ein für allemal erledigt sein. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Kommunisten und Nationalsozialisten **erklären die Bewilligung** des Polizeietats für volks- und arbeiterfeindlich. Aber die Kommunisten haben entrüstet appelliert, warum der Düsseldorfer Mörder nicht entdeckt worden sei. Wie man Verbrecher ohne Polizei fangen soll, ist das Geheimnis der Kommunisten. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Feindschaft gegen den Polizeietat beweist also nur die Absicht dieser Parteien, die Staatsordnung mit Gewalt zu stürzen. Auch die Gewalt hat im Staatsleben ihr Recht, wenn sie dazu dient,

dem Willen der Volksmehrheit Geltung zu verschaffen.

Selbst wenn irregeleitete Menschen eine Minderheit mit Gewalt zur Macht bringen wollten, könnte ich noch immer Verständnis für den tragischen Konflikt haben. Was aber Kommunisten und Nationalsozialisten im letzten Jahre verübt haben, war kein Kampf um die Macht, war überhaupt nicht politisch, sondern war gemeines Banditentum. (Stürmischer Beifall bei den Soz.) Wenn Nationalsozialisten und Kommunisten sich gegenseitig überfallen, auf beiden Seiten irregeleitete Arbeiter, dann müssen wir aus Menschlichkeit für beide Gruppen Schutz der Polizei fordern. Kommunisten und Nationalsozialisten haben aber auch Reichsbannerkameraden und sozialdemokratische Arbeiter überfallen, verletzt, sogar getötet. Wollen die Kommunisten behaupten, daß das Klassenkampf sei? Man könnte allenfalls als höchst rückständige Form des Klassenkampfes ansehen, wenn sie mit ihren Mordwaffen über Kapitalisten herfielen. Aber Kapitalisten greifen sie niemals an, stets nur Arbeiter. Die Zeit der grausigen Ministermorde durch die Rechtsputschisten ist vorbei. Aber die Zeit der grausigen Arbeitermorde durch die Linksputschisten, die

Zeit der Morde von Arbeitern an Arbeitern,

hat begonnen. Diese mörderischen Ueberfälle der Kommunisten auf sozialdemokratische Arbeiter haben mit Politik nicht das geringste mehr zu tun; sie sind einfach gemeine Verbrechen, und schon zur Abwehr dieser Verbrecher ist die Polizei eine Notwendigkeit. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Der Redner bespricht dann eine Fülle vereinzelter Mißstände. Polizeikommissar Kirsch in Salzwedel hat einen Mussolini-Marsch komponiert und ihn in tiefster Ehrfurcht seinem großen Mussolini-Vorbild gewidmet. Ein Berliner Polizeihauptmann hat sich zur Abstimmung für das Hugenbergsche Volksbegehren in Uniform begeben. Ein Berliner Reviervorsteher hat den Schutzpolizeibeamten gedroht, wenn sie zu wenig Anzeigen brächten, sie von der lebenslänglichen Anstellung auszuschließen. Die Anrede der Vorgesetzten in der dritten Person ist zwar in Kiel und Danzig untersagt, sonst aber noch vielfach im Schwunge. Das Achtungrufen in den Unterkünften ist noch immer nicht abgeschafft. Die sogenannten „Fahnenjunker" werden noch immer viel zu rasch befördert. Uebermäßige Abkommandierungen mindern die Schlagkraft der Polizei. Das Eheverbot wird zu rigoros durchgeführt: ein Polizeibeamter, der seine schwangere Braut nicht im Stich lassen wollte, sondern sie unter Verschweigung seiner Eigenschaft als Polizeibeamter geheiratet hat, ist nicht nur entlassen, sondern auch bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. In der Befreiung älterer Beamter von körperlichen und Waffenübungen ist man noch immer zu ängstlich. Gebessert hat sich im letzten Jahr der Exerzierdienst. Namentlich auf den Polizeischulen in Brandenburg und Hann.-Münden ist der alte Drill ausgezeichnet überwunden worden. Wir werden weiter vorwärtstreiben auf dem Wege zur wahren Volkspolizei. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag mittag 12 Uhr vertagt.

Versammlung der Abteilungsmietervertreter

sowie aller sonst im Miet- u. Wohnungswesen tätigen Parteigenossen am Freitag, dem 28. Februar 1930, abends 7½ Uhr, im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24.

Tagesordnung: **1. Die mieterpolitische Lage** (Verlängerung der Mieterschutzgesetze; das soziale Mietrecht, Wohnungspflege usw.) Referent: Genosse Ernst Ruben • **2. Geschäftsbericht und Neuwahlen • 3. Verschiedenes.**
Der Bezirksmieterausschuß der SPD. • I. A. Ruben, SW 11, Hafenplatz 4.

Byrds glückliche Heimkehr.

Oslo, 26. Februar.

Die Byrd-Südpolarexpedition hat, wie durch Vermittlung einer norwegischen Walfangreederei hierher gemeldet wird, die äußerste Zone des Packeisgürtels glücklich überschreiten können. Wie bekannt, hegte man Befürchtungen, daß dem Expeditionsschiff „New York" infolge der ungünstigen Eisverhältnisse die rechtzeitige Rückkehr aus der Packeiszone nicht gelingen könnte.

Berlins Wahlkosten: Eine halbe Million!

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung die für die Durchführung der Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen über den Haushaltsbetrag entstandenen Kosten bis zur Höhe von 195 000 Mark aus gemeinsamen Vorbehaltsmitteln bewilligt. Da in dem Haushaltsplan für die Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen bereits ein Betrag von 300 000 Mark eingesetzt war, stellen sich also die gesamten Kosten dieser Wahlen auf annähernd eine halbe Million Mark. In der gleichen Sitzung genehmigte der Magistrat die Ausgabe eines Betrages in Höhe von 274 440 Mark, der für die Durchführung des Hugenberg-Volksentscheides erforderlich war. Die Kosten für diese Abstimmung müssen zunächst im Wege der Haushaltsüberschreitung aus dem Kapitel „Wahlen" des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1929 bewilligt werden. Nach § 42 des Reichswahlgesetzes und den entsprechenden Bestimmungen des § 44 des Gesetzes über den Volksentscheid ist das Reich verpflichtet, den Gemeinden ungefähr vier Fünftel der Kosten einer solchen Abstimmung zu ersetzen.

Republikanischer Maskenball. Das Reichsbanner Berlin-Kreuzberg veranstaltet am 8. März in der großen Funkhalle einen großen Maskenball. Die Tanzmusik stellt Otto Kermbach, besondere Darbietungen sind vorgesehen. Karten sind zum volkstümlichen Preise von 1 Mark im Vorverkauf in der Gaugeschäftsstelle (Sebastianstraße 37), in den mit Plakaten versehenen Lokalen und bei den Funktionären zu erhalten. Der Vorverkauf wird am 4. März geschlossen. Der Reinertrag ist zur Unterstützung der Kameraden bestimmt, die im Dienst der Republik Schaden erlitten haben.

Die „Lichtburg" am Bahnhof Gesundbrunnen, das große neuzeitliche Volkskino im Berliner Norden, bringt in dem neuen Varietéteil einige nette Nummern, wenngleich das Gesamtniveau auch noch stark vorstadtmäßig anmutet. Zu erwähnen ist die Brice-Truppe, vier italienische Clowns, die überaus lustige Situationen schaffen. Viel belacht wird Lotte Werkmeister und reichen Beifall spendet das sehr dankbare Publikum der Jazzkapelle Eric Borchardts. Prachtvolle szenische Möglichkeiten bietet die riesengroße Bühne, die durch Verwendung farbenprächtiger Vorhänge stets einen geschmackvollen Rahmen für die einzelnen Darbietungen abgibt. Im Filmteil läuft zur Zeit der Ellen-Richter-Film „Die Frau ohne Nerven". Anfangs ein wenig langweilend, packt der Abenteuerfilm zum Schluß durch spannende Handlung und gutes Spiel.

Ebert-Gedächtnisfeier. Der Kreis Osten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am Sonntag, dem 2. März dieses Jahres, 10 Uhr, im Saalbau Friedrichshain eine Ebert-Gedächtnisfeier. Es wirken mit: das Streichorchester des Ortsvereins Friedrichshain und der Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die Gedächtnisrede hält der Gauvorsitzende, Ministerpräsident a. D. Stelling.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Donnerstag, den 27. Februar, 19½ Uhr, im Gesangssaal der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16/17, Uebungsstunde. Bestimmtes Erscheinen wegen einer Mitwirkung am Sonntag, dem 2. März, notwendig.

Genosse Hermann Mörlen, Berlin SO 33, Pücklerstraße 18, beging gestern seinen 75. Geburtstag. Wir wünschen dem langjährigen Genossen und Leser unseres Blattes das Beste. Leider sind dem Jubilar vor einigen Jahren beide Beine amputiert worden.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Mädelkursus heute letzter Tag. Beginn 19½ Uhr in der Schule Kochstraße 13. Käthe Frühbrodt spricht über „Gemeinschaftserziehung". Die Burschen sind besonders eingeladen. Jede Gruppe muß unbedingt durch ein Mädel vertreten sein.

Achtung, Abteilungsleiter! Die im letzten Rundschreiben angekündigte zentrale Werbefeier findet nicht am 6., sondern erst am 13. April statt. Der Tag ist freizuhalten.

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr:

Oranienburger Tor: Heim Elisabethkirchstr. 19: „Beruf und Freizeit". — **Hallplatz** I: Schule Sonnenburger Str. 20: „Die Entwicklung des Menschen". — **Hallplatz** II: Funktionärsitzung beim Genossen Marotzke, Sonnenburger Straße 3. — **Nordosten** II: Heim Danziger Str. 62, Baracke 8: „Arbeiterdichtung". — **Schönhauser Vorstadt:** Schule Sonnenburger Str. 20: „Die Stellung der Jugendlichen im Betrieb". — **Kottbusser Tor:** Heim Britzer Straße 30: „Völkerbund, Internationales Schiedsgericht und Weltbank". — **Südwest:** Heim Lindenstr. 3: „Der Ursprung des Christentums". — **Schöneberg** III: Heim Hauptstr. 15: „Entstehung der Internationale". — **Wilmersdorf, N. K.:** Heim Wilhelmsaue 121: „Soziales Wandern". — **Dahlem:** Heim Zehlendorf, Bahnhofstr. 8: „Sozialismus usw.", 2. Teil. — **Neukölln** I: Treffpunkt zum Besuch der Versammlung 19 Uhr Zeutenplatz. — **Neukölln** XI: Treffpunkt zum Besuch der Versammlung 19 Uhr Geldower Straße. — **Köpenicker Viertel:** Heim Wrangelstr. 128: „Arbeiterbewegung in Dresden". **Werbebezirk Schöneberg:** 20 Uhr im Heim Friedenau, Offenbacher Str. 3a, Funktionärkonferenz. Thema: „Funktionärschule". Referent Ludwig Dieterich. **Werbebezirk Neukölln:** 19½ Uhr Heim Kanner Straße: Funktionärversammlung. Thema: „Stellungnahme zur Generalversammlung". Jede Gruppe muß vollzählig erscheinen. — **Bücherausleihung im Heim Flughafenstr.** 6 19½ bis 21½ Uhr.

Allgemeine Wetterlage.

Das europäische Hochdruckgebiet verlagert sich weiter nach Osten. Es bestimmt aber noch das Wetter im größten Teile von Deutschland. Westlich von Frankreich liegt eine Depression, die sich langsam nach Osten verlagert. Die südlichen Winde auf ihrer Vorderseite lassen die Temperaturen ansteigen. In Westdeutschland wurden am Mittwoch mittag 10 Grad im Schatten überschritten, während in Ostpreußen die Temperaturen bei südöstlichen Winden nicht auf den Gefrierpunkt stiegen. Ein Regengebiet befindet sich jetzt über Ostfrankreich. Es wird vermutlich langsam nach Osten wandern. Damit hätten wir auch in unserem Bezirk mit einer Unterbrechung des schönen Wetters zu rechnen.

*

Wetteraussichten für Berlin: Ziemlich heiter, am Tage mild, südliche Winde. — **Für Deutschland:** Im Westen stark wolkig, vielfach leichte Regenfälle, mild. Auch im mittleren Teil des Reichs zunehmende Bewölkung bei ansteigenden Temperaturen; im Osten heiter mit Nachtfrösten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

4. Kreis Prenzlauer Berg. Dienstag, 4. März, um 19½ Uhr pünktlich, Funktionärversammlung in den Kasino-Festsälen, Pappelallee 15. Ohne Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch der Partei kein Zutritt. Gäste nur unter Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches. — Die Abteilungsleiter resp. Vertreter werden ersucht, heute, Donnerstag, 27. Februar, um 21 Uhr zu einer kurzen Besprechung zu Klug, Danziger Straße 71, zu kommen. Eventuell Vorschläge mitbringen.

4. **Kreis Prenzlauer Berg. Freie Schulgemeinde:** Mitgliederversammlung Donnerstag, 27. Februar, 19½ Uhr, Schule Danziger Str. 10. Vortrag des Genossen Büttner über „Individualpsychologie in der Erziehung". Aussprache. Beitragszahlung. Verschiedenes.

5. **Kreis Friedrichshain. Kreisbildungsausschuß:** Arbeitssitzung am Sonnabend, 1. März, pünktlich 20 Uhr, im Lokal von Krugmann, Memeler Straße 58. Tagesordnung: Kurze Referate unserer Lehrer an der Arbeiter-Bildungsschule, Genossen Mauer und Schlesinger. Neuwahl des Obmanns. Bericht.

6. Kreis Kreuzberg. Freitag, 28. Februar, Humoristischer Abend im Orpheum, Hasenheide 32. Mitwirkende: Tanzgruppe Berta Feist, Grete Friedrichs-Gärtner (Gesang), Rolf Gärtner (Rezitation). Beginn 20 Uhr. Karten zu 50 Pf. an der Abendkasse sowie bei allen Funktionären der Partei.

13. **Kreis Tempelhof.** Die Genossinnen und Genossen werden dringend gebeten, den Aufruf der Partei an den Säulen zu beachten und Bekannte und Bekannte darauf aufmerksam zu machen.

20. **Kreis Reinickendorf.** Am Freitag, 28. Februar, 20 Uhr, tritt der neugewählte Kreisvorstand mit den Abteilungsleitern zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen.

Heute, Donnerstag, 27. Februar.

11. **Abt.** 19½ Uhr bei Berger, Lenckowstraße. Funktionärsitzung. Auch die Freidenkergenossen müssen erscheinen.

44. **Abt.** Eintrittskarten für den Humoristischen Abend müssen am Freitag, 28. Februar, im Orpheum, Hasenheide, beim Genossen Eichberg abgerechnet werden.

Morgen, Freitag, 28. Februar.

8. **Abt.** 19½ Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11—12. Mitgliederversammlung. Filmvorführung: „Unser Konsum".

Funkwinkel.

In seinem Vortrag „Das deutsche Buch in den Vereinigten Staaten" berührte Professor Eugen Schünemann das Problem der Auslandsdeutschen und die Geschichte ihrer Auswanderung. Er zeigt, daß heute noch die Gegensätze völkischer, kultureller und religiöser Art zwischen den deutschen Ausgewanderten bestehen, auch wenn sie bereits seit Generationen in Amerika leben. Das deutsche Buch ist das letzte Band, das die Auswanderer mit der alten Heimat verbindet. Darum ist der Import deutscher Bücher gerade nach Amerika von größter Wichtigkeit. Pamela Wedekind singt acht Lieder ihres Vaters Frank Wedekind zur Laute. Die Lieder sind der Sammlung „Die vier Jahreszeiten" und dem Drama „König Nikolo" entnommen. Manches, wie „Galathea" oder „Bajazzo" gelingt der Vortragenden gut. Im großen und ganzen jedoch bleibt ihr Vortrag zu monoton. Shaws Komödie „Der Arzt am Scheideweg", die abends als Sendespiel in Szene geht, eignet sich ihrer ganzen Anlage nach für den Rundfunk. Hier bei Shaw entscheidet der Dialog über die Wirkung. Die Menschen enthüllen in ihrer Rede völlig das Gesicht. Geste und Haltung auf der Bühne unterstreichen höchstens die Worte und sind also für das Verständnis des Werkes überflüssig. Alfred Braun führt die Regie in dieser geistvollen und boshaften Komödie über die Irrungen und Wirrungen der Aerzte. Mit Sprechern und Gestaltern vom Rang eines Bildt und Graetz kommt eine ausgezeichnete Aufführung zustande. Sehr fein werden die Stimmen voneinander abgehoben. Das ärztliche Gratulationskonzilium im ersten Akt ist in dieser Beziehung ein Kabinettstück. F. Sch.

17. **Abt.** Alle Freidenkergenossen, insbesondere die sich zur Verfügung gestellten Wahlhelfer, treffen sich 19½ Uhr bei Schreiber, Teltstr. 15. Parteibuch legitimiert.

Neukölln. 93. Abt. 19½ Uhr bei König, Wildenbruchstr. 43—44, Versammlung aller SPD.-Genossen der Konsumverkaufsstelle Wrangelstraße. Erscheinen wird bestimmt erwartet. — 95. Abt. 18½ Uhr treffen sich alle Genossen zur Einäscherung des Genossen Karl Weidner vor dem Krematorium Baumschulenweg.

*

71. **Abt. Wilmersdorf.** Sonnabend, 1. März, um 20 Uhr, bei Sen, Hildegardstr. 14, gemütliches Beisammensein. Vorträge und Tanz. Alle Mitglieder erscheinen.

Frauenveranstaltungen.

24. **Abt.** Es wird nochmals auf die heute, Donnerstag, 27. Februar, stattfindende Filmvorführung „Die Wunder Afiens" im Bezirksamtssaal, Danziger Str. 64, aufmerksam gemacht. Karten sind an der Abendkasse zu haben. Anfang 19½ Uhr.

74. **Abt. Zehlendorf.** Sonnabend, 1. März, 20 Uhr, im kleinen Saal des Lokals Lindenpark. Bunter Abend. Gäste sind willkommen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

1. **Kreis Mitte.** Freitag, 28. Februar, 19½ Uhr pünktlich, im Heckerschen Hof, Rosenthaler Str. 40—41, findet eine Versammlung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossen(innen) statt. Genossin Kurnoß spricht über „Grundsätze und Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt". Interessierte Genossen und Genossinnen sind eingeladen.

7. **Kreis Charlottenburg.** Freitag, 28. Februar, 19½ Uhr, im Rathaus, Zimmer 140, Aktenbesprechung.

101. **Abt.** Donnerstag, 27. Februar, 19½ Uhr, Zusammenkunft der Wohlfahrtspfleger(innen) in der Vorwärts-Spedition Gneiststraße. Referat des Genossen Stadtrat Kißner. Alle interessierten Genossen und Genossinnen sind herzlich eingeladen.

Jungsozialisten.

Gruppe Friedrichshain: Heute pünktlich 20 Uhr im Jugendheim Frankfurter Allee 207 (Döns-Zimmer) Vortrag: „Erlebnisse unterm Gesellschaftszwang". Referent Genosse Wilhelm Back, Gotha. Genossen der SAJ. sind herzlich willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreise Kreuzberg, Tempelhof, Wannsee und Zossen. Der Helferkursus muß diesen Donnerstag wegen Verhinderung des Kursusleiters ausfallen. Wir treffen uns also Donnerstag, 13. März, zum Kursus im Jugendheim Nordstraße 11. Beginn pünktlich 20½ Uhr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

54. **Abt. Charlottenburg.** Nach langem schweren Leiden verstarb unser lieber Genosse Wilhelm Engel, Mommsenstr. 19, im 57. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Beerdigung heute, Donnerstag, 27. Februar, 15½ Uhr, auf dem Friedhof Stahnsdorf-Südwest. Treffpunkt 14½ Uhr Bahnhof Charlottenburg. Wir bitten um rege Beteiligung.

95. **Abt. Neukölln.** Unser lieber Genosse Karl Weidner ist am 24. Februar verstorben. Ehre seinem Andenken! Einäscherung am Freitag, 28. Februar, 19 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

Sarrasani-Karten wieder zu allen Vorstellungen erhältlich! Die Direktion Sarrasani macht darauf aufmerksam, daß jetzt wieder Karten zu allen Vorstellungstagen und zu allen Preisen erhältlich sind. Dennoch wird empfohlen, die Karten im Vorverkauf zu bestellen, da nicht dafür garantiert werden kann, daß an der Abendkasse noch Karten in allen Preislagen vorrätig sind. Es stehen jetzt vier Telephonanschlüsse für Kartenbestellungen zur Verfügung: Barbarossa 4335/36, 0800, 0860. Weiter sind Karten an den Theaterkassen bei Wertheim erhältlich. Das sensationelle Premierenprogramm wird nur noch kurze Zeit gezeigt. Der Winterbau ist stets gut geheizt. Aussteigen U-Bahnhof Nollendorfplatz. Täglich 19½ Uhr Vorstellung.

Gewinnauszug

5. Klasse 34. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

16. Ziehungstag — 26. Februar 1930

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 4464
2 Gewinne zu 3000 M. 349124
20 Gewinne zu 2000 M. 11020 60957 77879 79041 103730 119784 176505 206336 300172 361944
40 Gewinne zu 1000 M. 6310 16928 18573 70319 89480 109784 180907 205556 209842 209376 225819 234267 241658 272665 283865 295604 297526 317331 326146 377840
64 Gewinne zu 500 M. 17280 24125 28200 30657 58070 64655 74365 78907 65568 82137 92873 101334 103733 115108 120287 138430 147680 153430 163965 169407 177027 185513 202031 213015 217798 219498 238226 245514 263466 265529 271893 292311 305040 303062 307349 321243 323694 334338 339718 366857 372265 392260

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 303909
4 Gewinne zu 5000 M. 198730 319598
6 Gewinne zu 3000 M. 196352 353372 377116
10 Gewinne zu 2000 M. 6840 23364 139476 269116 279735
36 Gewinne zu 1000 M. 12794 31914 66847 103918 122758 130471 132092 188623 198897 242230 260207 263162 266381 287596 292052 317804 323320 371506
56 Gewinne zu 500 M. 5973 9729 28495 30496 68010 69369 87551 88921 100394 135957 138809 205552 228154 245000 247620 249663 271144 273645 291046 306310 312519 314772 319212 329177 363396 364207 388108 397998

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 75000, 2 zu je 60000, 2 zu je 25000, 44 zu je 10000, 76 zu je 5000, 224 zu je 3000, 842 zu je 2000, 982 zu je 1000, 2096 zu je 500, 5858 zu je 300 M.

Was sagt der Bär?

An erster Stelle

als größter deutscher Binnenhafen steht Berlin. Gewaltige Schiffsladungen an lebenswichtigen Dingen stellen den Verbrauch der Weltstadt sicher. Hierzu gehören auch köstliche Orienttabake, die zur Herstellung dienen von

Josetti Juno

Berlins meistgerauchter 4 ₰ Cigarette

Arbeiterschaft und Aktienrecht.

Das öffentliche Interesse muß dem Aktionärsinteresse vorangehen.

Seit Jahren wird der Ruf nach einer Reform des Aktienrechts immer dringlicher. Die Inflation hatte das geltende Aktien„recht" zu einem Schattendasein verurteilt. Die Vorzugsaktie mit mehrfachem Stimmrecht hatte der sogenannten Aktiendemokratie den Todesstoß versetzt. Nicht nur die Mitbestimmungsrechte, sondern auch die vermögensrechtliche Gleichberechtigung der Minderheitsaktionäre wurde illusorisch. Den herrschenden Aktionärgruppen wurden vermögensrechtliche Vorteile auf Kosten der Minderheitsaktionäre in die Hände gespielt. Schließlich wurde bei der damaligen Verwirrung aller Wertbegriffe das System der Bilanzverschleierung zur höchsten Vollkommenheit entwickelt. Über an all diesen Mißständen hat sich seither nicht viel geändert. Der beispiellosen Vorgänge bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft bildeten nur ein Glied in einer langen Kette von Skandalen, durch die die Oeffentlichkeit in den letzten Jahren immer wieder aufgerüttelt und darauf aufmerksam gemacht wurde, wie

ohnmächtig Gesetzgebung und Gerichtspraxis der Willkürherrschaft der Verwaltungen der Aktiengesellschaften gegenüberstehen.

Die Herausgabe eines umfangreichen Fragebogens an die interessierten Kreise durch das Reichsjustizministerium ist das erste kleine Schrittchen, das die Reichsregierung vor einiger Zeit gemacht hat. Damit ist die Frage der Aktienrechtsreform aber endlich ins Rollen gekommen, und es läßt sich heute schon feststellen, welche Stellung die einzelnen Interessengruppen einnehmen.

Die mächtigste Interessengruppe im bürgerlichen Lager ist natürlich die der Nutznießer des jetzt bestehenden Zustandes, also die Verwaltungsgruppen der Aktiengesellschaften, die von der ihnen liebgewordenen Gewohnheit der nackten Willkürherrschaft nicht lassen möchten. Sehr charakteristisch für den innigen Zusammenhang zwischen

Industrie und Bankkapital

ist die Tatsache, daß diese die Großindustrie beherrschenden Gruppen bei ihrem Widerstand gegen die Reform des Aktienrechts die Unterstützung der Großbanken finden, obzwar man doch meinen sollte, daß gerade die Banken an der Schaffung klarer und gesunder Verhältnisse im Aktienwesen das größte Interesse hätten. Der Standpunkt dieser Gruppe ist sehr einfach: Das Aktienrecht hat sich grundsätzlich bewährt. Wenn wirklich hier und da „Auswüchse" vorkommen — sie lassen sich „bekanntlich" durch kein Gesetz ganz vermeiden —, so genügen die Vorschriften des geltenden Gesetzes, um ihnen abzuhelfen. Eine Reform des Aktienrechts ist also überflüssig oder höchstens auf unwesentliche Einzelheiten zu beschränken. Einen ähnlichen ablehnenden oder passiven Standpunkt nehmen auch die Industrie- und Handelskammern ein, soweit sie sich bisher geäußert haben.

Ganz anders ist die Einstellung des überwiegenden Teils der bürgerlichen Handelspresse, die in den letzten Jahren die unhaltbaren Zustände im deutschen Aktienwesen sehr heftig kritisiert hat. Sie ist überwiegend liberal gesinnt, und von dieser Grundeinstellung ist ebenso ihre Kritik am Aktienwesen beherrscht wie der Standpunkt, von dem sie an die Aktienrechtsreform herangeht. Am kennzeichnendsten dafür sind die Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung", die ja seit jeher gute Kenntnis aller Fragen des Aktienwesens mit unabhängiger Kritik verbindet, und der Vereinigung Berliner Handelsredakteure. Die „Frankfurter Zeitung" hat vor einiger Zeit ein umfangreiches Programm zur Aktienrechtsreform aufgestellt, das ausschließlich von einem Gesichtspunkt beherrscht wird:

der Wiederherstellung der „Grundrechte des Aktionärs".

Die Vereinigung Berliner Handelsredakteure hat den umfangreichen Fragebogen des Reichsjustizministeriums ebenso ausführlich und gewissenhaft in allen Einzelpunkten beantwortet.

Es soll gern zugestanden werden, daß sowohl die Aufsatzreihe der „Frankfurter Zeitung" als auch die Antworten der Vereinigung eine Fülle bester Anregungen und ernster Kritik enthalten, aber immer nur unter dem Gesichtswinkel: Wie können die armentrechteten Aktionäre geschützt und wieder in ihre legitimen Rechte eingesetzt werden? Von beiden Stellen wird auch nicht ein einziges Mal die Frage gestellt, in welcher Richtung die Interessen der Gesamtheit oder der in den Aktiengesellschaften Beschäftigten bei der Reform des Aktienrechts gehen. Nur eine charakteristische Einzelheit sei zum Beleg dafür erwähnt: In der langen Artikelreihe der „Frankfurter Zeitung" wird der in den Aktiengesellschaften Beschäftigten nur ein einziges Mal Erwähnung getan, und zwar bei der Frage der Funktionen des Aufsichtsrats. Es wird dort festgestellt, daß die Bildung von Kommissionen innerhalb des Aufsichtsrats zum Teil vorgenommen wird, um die Betriebsratsmitglieder von den Verhandlungen auszuschließen. Aber gerade dieser skandalöse Brauch wird mit keinem einzigen Wort gerügt, obzwar die Artikelreihe mit Rügen doch sonst nicht gerade sparsam ist.

Der Standpunkt der Arbeiterschaft.

Von diesen beiden Standpunkten hebt sich der der sozialistischen Arbeiterschaft scharf ab. Für sie steht bei der Frage der Aktienrechtsreform das öffentliche Interesse im Vordergrund. Schon vor zwei Generationen hat Karl Marx den Widerspruch aufgedeckt, der zwischen den gesellschaftlichen Funktionen und dem gesellschaftlichen Umfang der modernen kapitalistischen Unternehmungen einerseits und ihren privatwirtschaftlichen Herrschafts- und Aneignungsverhältnissen andererseits besteht. Gewiß ist dieser Widerspruch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unlösbar, aber die Entwicklung führt doch unaufhaltsam dahin, daß der gesellschaftliche Charakter der Produktion in den großkapitalistischen Betrieben die Gesellschaft immer mehr dazu zwingt, sich um die Produktionsverhältnisse und die Geschäftsführung in diesen Betrieben zu kümmern und sie immer stärker ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Unter diesem volkswirtschaftlichen Gesichtswinkel hat die Arbeiterschaft an die Reform des Aktienrechts heranzugehen und Forderungen im Interesse der Volkswirtschaft anzumelden. Für uns stehen deshalb nicht die Rechte der kapitalistischen Aktionäre im Vordergrund, sondern das Recht der Gesellschaft auf Einblick und Kontrolle der Aktiengesellschaften, in denen sich die Produktivkräfte der Gesellschaft konzentrieren. Deshalb steht für uns

im Mittelpunkt der Reform die Frage der Publizität

der Aktiengesellschaften. Die Publizitätsvorschriften des Handelsgesetzbuches sind heute eine Farce. Die veröffentlichten Bilanzen sind zu einem Buch mit sieben Siegeln geworden, das nur der engste Kreis von Eingeweihten aufzuschließen vermag.

Deshalb müssen schärfste gesetzliche Bestimmungen in den Bilanzen weitestgehende Wahrheit und Klarheit und in den Geschäftsberichten genaue Angaben über Produktion, Umsatz, Beschäftigtenzahl usw. erzwingen. Damit im Zusammenhang müssen die Revisionspflichten des Aufsichtsrats verschärft werden, am zweckmäßigsten wohl in der Form, daß die Bestellung unabhängiger Revisoren zwingend vorgeschrieben wird, deren Tätigkeit sich nicht auf die formale Rechnungsprüfung beschränken darf.

Es muß weiter gefordert werden, daß die Interessen der unmittelbar beteiligten Belegschaften besser als bisher gewahrt werden. Es müssen Sicherungen gegen den Ausschluß der Betriebsräte aus den internen Verhandlungen des Aufsichtsrats (durch Schaffung von Kommissionen, in denen sich die eigentliche Arbeit vollzieht) geschaffen werden, und es muß den Betriebsräten auch in der Generalversammlung eine aktive Teilnahme gesichert werden, um die Interessen der Belegschaft zu vertreten.

Die Frage des staatlichen Aktienamtes.

Und schließlich muß sehr ernsthaft erwogen werden, ob für die Kontrolle der Gesellschaft nicht ein ständiges Organ geschaffen werden sollte. Die „Frankfurter Zeitung" hat schon vor Jahren die Schaffung eines Aktienamtes angeregt und machte auch in ihrer Aufsatzreihe konkrete Vorschläge über die Funktionen eines solchen Amtes. Dieses Amt soll nicht mit der ständigen Beaufsichtigung sämtlicher Aktiengesellschaften nach dem Muster des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung betraut werden. Es soll eine amtliche Zentralstelle — am zweckmäßigsten wohl im Rahmen des Reichswirtschaftsministeriums — geschaffen werden, mit dem Recht, dort einzugreifen, wo sie offensichtliche und schwere Schäden bemerkt, bei deren Verfolgung der heutige Apparat versagt (hauptsächlich deshalb, weil er auf die Verfolgung zivilrechtlicher Ansprüche durch geschädigte Aktionäre beschränkt ist). Zu diesem Zweck müßte das Amt mit den Rechten und Funktionen eines Offizialklägers ausgestattet werden. Denn nicht nur einzelne Aktionäre, sondern auch die Allgemeinheit, die im Staate ihre Vertretung findet, kann durch gesetzwidrige Manipulationen und Bilanzverschleierungen geschädigt werden. Auch entsprechende Vorschläge der „Frankfurter Zeitung" sind beachtlich: dem Aktienamt das Recht zur Ausgabe mehrstimmiger Vorzugsaktien bei tatsächlicher äußerer Ueberfremdungsgefahr zu geben und ihm die Verwaltung dieser Aktien anzuvertrauen sowie dieses Amt mit der Aufstellung von Bilanzmustern für jeden einzelnen Wirtschaftszweig zu beauftragen.

Dies die Kernpunkte der Forderungen, die die sozialistische Arbeiterschaft bei der Gelegenheit der Reform des Aktienrechts anzumelden hat. Die große weitere Zahl von noch möglichen Einzelforderungen muß immer wieder unter dem Gesichtspunkt verstanden werden, daß im Vordergrund jeder Reform des Aktienrechts das Recht der Gesellschaft auf möglichst weitgehende Kontrolle der Aktiengesellschaften zu stehen hat. **Die Aktiengesellschaften sind mit der wachsenden Konzentration des Kapitals zu wirtschaftlichen Gebilden mit einer ungeheuren Machtfülle geworden. Sie müssen von der Gesellschaft kontrolliert werden, soll nicht die Gefahr heraufbeschworen werden, daß die Gesellschaft von ihnen kontrolliert wird.**

Benzinpreise und Finanzen.

Die geplante Erhöhung des Benzinzolles.

Wie gemeldet wurde, will das Finanzministerium im Rahmen seines Deckungsprogramms für 1930 auch eine Erhöhung des Benzintarifs vorschlagen. Nach Zeitungsmeldungen ist von einer Erhöhung des Benzinpreises um 6 Pfennig pro Liter als Folge der geplanten Zollerhöhung die Rede. Demnach wäre wohl mit einer Heraufsetzung des jetzigen Benzinzolles von 6 Mark pro Doppelzentner (ein Liter Benzin = 730 Gramm) zu rechnen.

Der Treibstoffverbrauch Deutschlands wird für 1929 auf ca. 1,3 bis 1,35 Millionen Tonnen veranschlagt. Hierauf entfallen etwa 720 000 Tonnen auf eingeführtes Benzin, ca. 500 000 Tonnen auf Benzol, der Rest auf Motor- und Kunstbenzin. Falls der Verbrauch im Jahre 1930 nur auf dem Niveau des Vorjahres verbleibt (in den beiden vorangegangenen Jahren hat sich die Benzineinfuhr um ca. 15 Proz. pro Jahr erhöht), würde die geplante Benzinzollerhöhung dem Reich Mehreinnahmen in Höhe von ca. 55 bis 60 Millionen einbringen.

In den Zeitungskommentaren zu den Plänen des Finanzministeriums wird mit Recht betont, daß bei Erhöhung des Benzinzolles auch die Einführung eines Zolles bzw. einer inländischen Abgabe für Benzol und die anderen in Frage kommenden Treibstoffe in der Höhe der vorgesehenen Benzinzollerhöhung erforderlich wird. Damit würde sich das zu erwartende Mehraufkommen nicht unbeträchtlich erhöhen.

Wir behalten uns vor, sobald Authentisches über die Pläne des Finanzministeriums bekannt wird, auf die mit der Benzinzollerhöhung zusammenhängenden Fragen näher einzugehen.

Rockefeller für Benzinpreissenkung.

Die Standard Oil of New-Jersey, die die Hauptfirma des Rockefeller Oelkonzerns ist, hat sich gegen Angriffe wegen der bei ihr in der letzten Zeit zu beobachtenden Herabdrückung der Benzinpreise öffentlich zur Wehr gesetzt. Die Petroleumvorräte Amerikas seien gegenwärtig übermäßig groß, die Benzinvorräte seien im Jahre 1929 auf 43 Millionen Faß angewachsen und steigen weiter. Diese großen Benzinvorräte seien es, die auf die Benzinpreise drücken. Es würde aber für das Rohöl, dessen Preis vollständig von dem Benzinpreis abhänge, ebenfalls eine Preissenkung notwendig eintreten, wenn die Benzinvorräte weiter anschwellen. Der schnelle Abbau der überhohen Benzinvorräte empfehle sich deshalb auch für die Petroleumindustrie selbst, deren Rentabilität mit der weiteren Anhäufung von Benzinreserven betroffen werden würde.

Friedrich Flicks Eroberungszug.

Bedeutende Verstärkung der Steinkohlenherrschaft.

Durch den Ankauf von Phönix-Aktien aus dem Besitz von Otto Wolff hat vor kurzer Zeit Friedrich Flick, der ehemaliger Beherrscher des Siegener und oberschlesischen Montangebiets, in Zusammenhalt mit Fritz Thyssen sich den entscheidenden Einfluß im Ruhrstahltrust gesichert. Die von Friedrich Flick ebenfalls beherrschte Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft hatte vor kurzem aus dem Besitz des Lokomotivkonzerns Henschel u. Sohn in Kassel die Majorität der Henschel gehörigen Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. (Kapital 32,5 Millionen) erworben. Jetzt wird gemeldet, daß sich die Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. mit der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. verschmelzen wird, woraus der Schluß zu ziehen ist, daß Friedrich Flick auch die übrigen Aktien der Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. bereits erworben hat.

Durch diese neue Zusammenballung der Zechenmacht in Flicks Händen erhält die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. eine bedeutende Stellung im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat. Zu der Gelsenkirchener Beteiligung von 3,2 Millionen Tonnen kommt die der Essener Steinkohle mit 3,4 Millionen Tonnen hinzu, womit Gelsenkirchen neben den Vereinigten Stahlwerken (25,88 Millionen), dem preußischen Staat (13,2 Millionen) und Harpen (9,1 Millionen Tonnen) die viertgrößte Gruppe im Syndikat wird. Sehr viel größer, fast beherrschend, wird aber der Einfluß Friedrich Flicks im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat dadurch, daß er heute mit Thyssen auch die Vereinigten Stahlwerke beherrscht, wodurch etwa ein Drittel der gesamten Zechenbeteiligungen des Syndikats in einer Hand vereinigt sind.

Gourmenia-Sorgen.

Emil Heinicke A.-G. muß ihr Kapital zusammenschneiden.

Man wußte in Berlin schon seit langer Zeit, daß die Emil Heinicke-A.-G., die aktivste der Berliner Bauunternehmungen, schlecht stand. Man wußte auch, warum. Man sagt von der Heinicke-A.-G., daß ihr nur am Hamstern von Aufträgen lag und daß bei ihr die Kalkulation erst in zweiter Linie eine Rolle spielte. Auf die Dauer kann das keinem Unternehmen gut bekommen. Die Schwierigkeiten in der industriellen und Wohnungsbaufinanzierung mußten an sich schon kritisch für die Heinicke-A.-G. sich auswirken. Dazu kamen schließlich große Gourmenia-Verluste, für die die Heinicke-A.-G. geradestehen muß. Jetzt hat sich die Darmstädter und Nationalbank, die hinter dem Unternehmen steht, dazu entschließen müssen, die notwendige Sanierung des Unternehmens auch öffentlich zuzugeben.

Eine bald einberufende Generalversammlung soll darüber beschließen, das 2 Millionen betragende Kapital auf 500000 Mark zusammenzuschneiden und das Restkapital um weitere 500 000 Mark auf eine Million Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden in der Hauptsache von der Magdeburger Bau- und Kreditgesellschaft übernommen werden, die denn auch bei Heinicke in der Zukunft den entscheidenden Einfluß ausüben wird. Der bisherige Generaldirektor Korytowski scheidet Ende Februar aus dem Vorstand aus, der von der Magdeburger Baugesellschaft besetzt werden wird. Die Magdeburger Gesellschaft hat bisher sehr rentabel gearbeitet; sie erhöhte 1928 ihre Dividende von 10 auf 15 Proz. und wird wahrscheinlich auch für 1929 auf ihr 1,2 Millionen Mark betragendes Kapital wieder 15 Proz. verteilen.

Gegen Zollerhöhungen.

Auch die Berliner Industrie- und Handelskammer protestiert

Die Berliner Industrie- und Handelskammer hat an den Reichswirtschaftsrat, den Reichswirtschaftsminister und den preußischen Handelsminister ein Schreiben gerichtet, in dem grundsätzlich gegen Zollerhöhungen protestiert wird. Gerade für Deutschland sei es bedenklich, den neuen industriellen Zollerhöhungsanträgen zu entsprechen, nachdem Deutschland den Abbau der Zollschranken besonders freundlich begrüßt, mit der Zollsenkung bereits praktisch begonnen und auch das Programm eines Zollwaffenstillstandes nachdrücklich unterstützt habe. Neue Zollerhöhungen würden in der Welt als Widerruf von Deutschlands Welthandelsfreundlichkeit ausgelegt werden und eine Reaktion in anderen Ländern zur Folge haben, die uns mehr schaden, als vermeidbare Zollerhöhungen nützen können. Keinesfalls dürfe eine Kündigung von Handelsverträgen zur Erhöhung einer Zollposition erfolgen. Besonders nachdrücklich wird jede Zollerhöhung gegen Wollgarne und Baumwollgarne abgelehnt.

Freilich macht die Berliner Industrie- und Handelskammer eine Ausnahme für die Automobilzölle, wodurch ihr grundsätzlicher Protest stark entwertet wird.

Ein schlechtes Pfandbriefjahr.

Das Ausland hat 1929 überhaupt nicht mehr gekauft.

Nach den jetzt vorliegenden Ziffern war im vergangenen Jahre der Pfandbriefabsatz ganz besonders schlecht. Es konnten nur rund 563 Mill. Mark Pfandbriefe neu in den Umlauf gebracht werden gegen einen Zugang von rund 1411 Mill. Mark im Jahre 1928. Mit dem Verkauf von kommunalen Schuldverschreibungen steht es nicht besser. Einem Mehrverkauf von rund 520 Mill. im Jahre 1928 steht im Jahre 1929 ein Mehrverkauf von nur 133 Mill. gegenüber. Sehr bemerkenswert ist die fast völlige Stockung des Verkaufs von Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen ins Ausland. Rechnet man die Tilgungen ein, so ergibt sich bei Pfandbriefen, die im Ausland begeben sind, sogar ein Rückfluß von rund 2 Mill. im Jahre 1929 gegenüber einem Mehrabsatz von rund 352 Mill. im vorhergehenden Jahr. Bei den kommunalen Schuldverschreibungen ergibt sich sogar ein Rückfluß von rund 11 Mill. gegenüber einem Mehrverkauf ins Ausland von rund 32 Mill. im Jahre 1928. Insgesamt waren am 31. Dezember 5,43 Milliarden Pfandbriefe im Inland, 1,05 Milliarden Pfandbriefe ans Ausland verkauft, während bei den kommunalen Schuldverschreibungen 1,36 Milliarden auf das Inland und 0,23 Milliarden auf das Ausland entfielen.

Englische 65000-Tonnen-Dampfer.

Die internationale Konkurrenz im Bau von Riesenschiffen lebt wieder auf. Der Norddeutsche Lloyd hat mit seinen beiden rund 50 000-Tonnen-Dampfern dazu nicht zuletzt den Anstoß gegeben. Die englische Cunard-Linie möchte den Schnelligkeitsrekord der „Bremen" brechen; ihr geplanter neuer Schnelldampfer soll eine Tonnage von 60 000 bis 65 000 Tonnen erhalten. Die englische White-Star-Linie will sich nicht schlagen lassen und ist entschlossen, die Kapazität des bereits auf Kiel gelegten 60 000-Tonnen-Dampfers „Oceanic" auf 65 000 Tonnen zu erhöhen.

Aufsichtsratsposten als Familienpfründe. Die Berliner Großbanken besitzen in der jetzt 40 Jahre existierenden Deutschen Treuhandgesellschaft ein Spezialinstitut, das für seine 2,4 Millionen Aktienkapital im Jahre 1929 wieder glänzend verdient hat und den Großaktionären eine Dividende von 12 Proz. zur Verfügung stellt. Der Aufsichtsrat erhält über 21 000 M. Die Liste der Aufsichtsräte zeigt in den Personen von Arthur und Hans v. Gwinner, daß sich hier Vater und Sohn gleichzeitig mit den übrigen als Aufsichtsräten in die Tantieme teilen. Eine famose Art kosten- und arbeitsloser Einkommenssicherung innerhalb einer Familie, die sich leider für 99 Proz. des deutschen Volkes nicht nachahmen läßt.

J. Plath: Die alte Meiersch

Nach einer wahren Begebenheit

Gestern haben wir unsere alte Meiersch begraben. Nach einem langen Leben, reich an Arbeit und schwer an Herzeleid, ist ihr die Ruhe zu gönnen. Einst war Stine Meier eine frische, resolute Frau, hatte ihr sauberes Heim, einen arbeitsamen Mann und drei gesunde Jungens. Hinnerk Meier arbeitete auf einem Gute, ein tüchtiger Kerl. Wenn nur der verdammte Schnaps nicht gewesen wäre! Da mußte die Frau Sonntags hällisch aufpassen.

Es war am Heiligabend. Hinnerk saß am warmen Ofen und war ein bißchen eingeduselt, da schreckte ihn Trompetenton aus seiner Dösigkeit. „Kiek, Badder, mien Trumpet, du mös ok mal blasen." Dann bewunderte Badder den Griffelkasten des Neunjährigen und das Buch des Aeltesten. Nach dem Futtern in der Küche ging es mit dem Punsch in die Weihnachtsstube zurück, wo Stine die Lichter des bunten Tannenbaums angesteckt hatte.

Der Morgen des ersten Weihnachtstages war grau und trübe, schwere Wolken hingen am Himmel. Hinnerk hatte sich vom Müller einen Einspänner — den sogenannten Kälberwagen — geliehen und vom Hof ein Pferd dazu. Er wollte mit seinen Jungens zu den Schwiegereltern nach einem zwei Wegstunden entfernten Dorf. Der ältere, ledige Knecht Willem war auch mit dabei. Das war Stine gar nicht recht, denn Willem war mit dem Schnaps auch nicht sicher. Er war Seemann gewesen, aber einmal war ihm prophezeit, daß wie die meisten Seeleute, hatte er dem Wasser den Rücken gedreht und war Landarbeiter geworden. „Bi Jug kann ik old und kald warr'n, wenn ick nich in een Regengüll versup", war seine ständige Redensart, wenn er angebuhnt war. Wieherndes Gelächter lohnte stets von neuem diesen oft gehörten Witz. „Pat mi den'n Lütten hir," meinte Stine, „hei kann bi mi bliewen, bi dat Weder." Doch der Kleine setzte gleich mit großem Gebrüll ein, so daß Badder dazwischen fuhr: „Jung, holl dien Snut, un rin in de Klabüs!" Mit Lärmen und Toben kletterten die Jungens hinten in das frische Stroh hinein, der Alte setzte sich auf den Kutscherplatz und Willem daneben.

„Nu kann dat losgahn, adschüs, Stine, holl di munter." Mit Hü und Hott zog die Fuhre ab. Stine ging noch eine Strecke mit und rief: „Nu paß ok up den Lütten, un lat dein allen Köhn, un bliem nich so lang." Hinnerk, mit schiefer Kopfwendung zu Willem: „Schriew di dat up, süs verget mi dat!"

Nachmittags gegen 5 Uhr wurde Stine unruhig. Draußen war es dunkel. Es hatte sich ein Wind aufgemacht, der große Schneeflocken vor sich hertrieb. Sie nahm sich ihr Tuch und trabte die lange Buchenallee entlang. Je, je, je, harr ik man blots den'n Lütten. De hewt sich wedder fast sagen." In der Kate lief sie dann wieder unruhig hin und her. Plötzlich riß der Wind das Fenster auf, Stine in ihrer Aufregung konnte es nicht wieder zu bekommen. Schreiend rannte sie zum Nachbar Schmahl: „Dor höll een mien Finster fest, kumm mit, dat is Hinnerk, ik soll den'n Lütten hab'n. Hei rögt mi, hei will wat von mi."

Am andern Morgen hatte der Sturm ausgetobt. Stine war früh auf den Beinen, Schmahl stand bei ihr. Da kam der Kutscher vom Hof mit gedrückter Miene auf die Kate zu.

„Na, woans süds du denn ut, di hew sei woll up den'n Faut perd", meinte Schmahl, doch der Kutscher sagte bedrückt: „Schmahl, de Herr will wat von di, un Stine, du schällst tau de Madamm kuhmen." — „Wi sölt woll een Ehrenpaw' hebb'n," witzelte Schmahl, „na denn man tau!"

Stine wurde in das kleine Büro geführt zur Gutsfrau, die ihre Hände ergriff: „Meiersch, ihr Mann ist zu Schaden gekommen."

„Ik hew det wüßt, ik hew det wüßt," murmelte Stine, „un de Kinner, un de Kinner", schrie sie dann laut heraus.

Die Gutsfrau faßte sie mit beiden Händen an den Schultern. „Meiersch, die Kinder sind auch zu Schaden gekommen."

„De Kinner ok —", sie fiel in sich zusammen, stierte vor sich, und dann mit tiefem Aufstöhnen: „Nu sünd de Swin doch wedder besapen wees." Angst flatterte aus den Augen, dann mit Emporreißen: „Wo sünd de Kinner? Ik will hen tau ehr." Und sie wollte aus der Stube stürzen.

„Meiersch, ihr könnt nicht hin, Meiersch, gebt mir eure Hände, haltet euch fest an mir. Ich habe euch etwas sehr Schweres, Unfaßliches zu sagen. Euer Mann, Meiersch, euer Mann ist — tot." die Gutsfrau drückte sie sanft in einen Stuhl, „und eure drei Jungens — Meiersch, ich kann euch ja nicht helfen, ich muß es euch sagen — eure drei Jungens sind — sind auch — tot."

Die Augen der Frau erstarrten, sie fuhr hoch, ihr Körper begann zu zittern, der Mund öffnete und schloß sich, ohne einen Laut von sich zu geben. Dann fiel sie um wie ein Stück Holz.

Zu derselben Zeit arbeiteten die Männer an der Unglücksstelle an der Bergung der Leichen. Dicht hinter der langen Buchenallee, wo der Weg eine starke Biegung machte, waren sie abgestürzt in den abschüssigen, verschlammten Graben, so daß der Wagen direkt in das Modderloch gekippt war. An der abgetretenen Grabenkante erkannte man die Anstrengungen des Pferdes, auf dem Wege zu bleiben, aber immer wieder schien das Pferd durch den Zügel zur Seite gezerrt zu sein. Plötzlich mußte der Wagen gekippt sein und hatte das Pferd mit sich gerissen. Die drei Jungens lagen eng zusammengekuschelt im Stroh unter dem Wagenkasten, noch mit der Kuchentüte in den Händen. Im Schlaf überrascht, mußten sie sofort im Modder erstickt sein. Auch Willem lag, wie er weggesackt war, er hatte seinem Schicksal nicht entgehen können. Nur Meier und das Pferd hatten angstvoll um ihr Leben gekämpft. Meier hatte sich mit einem Arm und dem Kopf unter dem Wagen herausgearbeitet. Das Pferd aber hatte im Modder so um sich geschlagen, daß es Meier immer wieder hinemgerissen haben mußte. Sein Gesicht war verzerrt und die eine Hand so fest in die Deichsel eingekrallt, daß sie nur mit Gewalt zu lösen war. Stines Unruhe hatte nicht getrogen, sie war dicht an der Unglücksstelle gewesen. Vielleicht hatte der Mann in seiner Todesqual nach ihr geschrien. Die Leichen wurden in einen mit Stroh ausgefüllten großen Kastenwagen gepackt und nach dem Meiereigebäude gebracht. Fast das ganze Dorf war dazu gekommen, allen saß das Entsetzen in den Knochen. Die Gerichtskommission gab die Leichen zur Beerdigung frei. Es wurde festgestellt, daß Meier schon um 4 Uhr von den Schwiegereltern fortgefahren, aber unterwegs in einem Wirtshaus hängen geblieben war. Erst wollten sie nur einen Schnaps vom Wagen aus trinken. Wie aber der Dunst der warmen Wirtsstube und das Johlen und Kreischen zu ihnen herausschlug, kletterten beide vom Wagen. Die Kinder schliefen im Stroh. Nach ungefähr einer Stunde wurden sie von der ganzen angetrunkenen Gesellschaft mit Juchhei und Hopphei wieder in den Wagen gebracht. Wenn Meier jetzt dem Pferde den Willen gelassen hätte, es hätte sich in seinen Stall zurückgefunden. An den Wagenspuren sah man die Anstrengungen des Tieres, auf dem Wege zu bleiben, aber Meier mußte so lange an den Zügeln gerissen haben, bis das Pferd nachgab. Der Trunkene riß alles in Tod und Verderben.

Auf drei Erntewagen wurden die mit je einer dicken Tannengirlande umwandenen Särge zum Kirchhof gefahren. Voran Meier, neben sich den kleinen Sarg seines Lütten, dann die beiden älteren Jungen und zuletzt der Knecht Willem. So fuhr der traurige Zug langsam durch die lange Buchenallee.

Stine wußte von dem allen nichts. Sie lag im Fieber und redete irre. Als sie von ihrem langen Krankenlager aufstand, war Stine Meier eine alte, gebrochene Frau.

Gerdland:
Tropfen im Meere . . .

Es war alles so gekommen, wie es kommen mußte: der Tango, die kleinen, bunten Liköre, seine Zärtlichkeit, die Mitleid hieß, die Tränen, der flüchtige Kuß, der Handedruck, es war alles so gekommen, wie es kommen mußte ... Und das, was da kommen mußte das Unerbittliche, hieß: Abschied. Das war der Sonntagabend. Es war ein Sonntagabend wie alle anderen Sonntagabende. Ein Abend mit einer kleinen Beklemmung vor dem nächsten Morgen, da man hinter dem Ladentisch stehen würde, ein Abend mit der kaum mehr bewußten Angst, die da hieß: „Werde ich morgen mit verweinten Augen aufstehen?" Ja, dessen wurde sie sich jetzt bewußt, jetzt, in der kalten, möblierten Stube vor einigen belegten Brötchen sitzend, vor einer Tasse kalten Tees, angesichts der sinnbetrübenden Tapete, dessen wurde sie sich jetzt bewußt, daß diese Angst Gewohnheit war, Gewohnheit und Abgestumpftheit. Und bei diesem Gedanken erschrak sie heftig.

Wie hatte er es gesagt? „Liebes, Kleines", so war es, „Liebes, Kleines, du weißt doch, was wir mal vereinbart haben? Kannst du dich besinnen, daß wir vereinbart haben, daß du nicht weinen wirst, wenn ..." Dies „Wenn" war immer das gleiche, und diese Tränen, waren sie nicht auch immer die gleichen, die sie weinte, wenn der jeweilige „Er" Abschied von ihr nahm ...?

Jetzt saß sie in dieser Stube, die sie morgens verließ und abends betrat, sie saß auf dem Bett und weinte die obligaten Tränen. Es mag eigenartig klingen, aber es muß doch gesagt werden: es waren gewissermaßen Pflichttränen, die sie glaubte, dem schuldig zu sein, den sie mit ihrer seltsam stummen, hingebenden Liebe bedacht hatte. Hatte!

Man mußte sich trösten. Man durfte sich vor einem Manne nichts vergeben.

Einmal — aber das war schon lange her: Ewigkeiten — hatte sie einem Manne geschrieben: „Du, jetzt stelle ich mein Herz in die Rumpelkammer. Mag es holen, wer da will. Du ..." Sie hatte diesen Satz genau behalten. Es kam ihr vor, als hätte ein Dichter ihn geschrieben haben können. Und der, dem er galt, war der Erste gewesen ...

Sie trat ans Fenster und blickte hinunter auf den schwarzen Schacht, der Hof genannt wurde. Hinter einigen Fenstern brannte Licht. In ihr war alles dunkel. Für sie war alle Freude, alle Lust, alle Süßigkeit der Liebe nur Episode, denn auch sie, ihr schmaler, knabenhafter Körper, ihre beiden knospigen Brüste, ihre stammelnden Liebesworte, ihre ganze weibliche Schmiegsamkeit waren den Männern nichts anderes ...

Irgendwo sang ein Grammophon. Eine Nachtschichtsirene heulte auf.

Plötzlich fühlte sie, daß sie noch im Mantel war, noch den Hut auf dem Kopfe hatte. Eine Angst packte sie und würgte an ihrer Kehle, eine Angst vor dieser Stube, dieser Tapete, dem krachenden, rachenden Schnarchen der Eheleute im Nebenzimmer, eine Angst vor der Nacht, vor dem Morgen.

Sie öffnete die Tür und ging hinaus. Bald stand sie wieder auf der Straße. Sie ging mit blicklosen Augen an den schimmernden Auslagen der Schaufenster entlang.

Ein Atem streifte sie. Worte klangen an ihren Ohren vorbei. Worte der Bereitschaft, der Begleitschaft. Sie achtete ihrer nicht. Aber der Atem wurde intensiver. Und die Worte wurden dringlicher. Da drehte sie sich halb um. Ein älterer Herr, sehr solgniert und gut genährt und gepflegt. Eine Tanzkonditorei. Ein Stehschoppen in einer Bierhalle. Auto. Ein Hotelzimmer. Schummrige Beleuchtung. Und der Alte mit hängenden Armen und sturem, unlustigem, lüsternem Blick ...

... Als sie erwachte, graute der Morgen. Sie wußte nicht gleich, wo sie sich befand. Als sie sich besann, sprang sie auf. Das Bett nebenan war zerwühlt und leer. Auf dem Kissen lag ein Geldschein. Sie starrte ihn mit ungläubigem Entsetzen an.

Dann schrie sie auf: „Das ist ... das ist ja die Straße!"

Wie das Mikroskop entdeckt wurde

Wir entnehmen diesen Abschnitt dem eben erschienenen Büchlein von Dr. med. et phil. G. Benzmer „Eine sterbende Krankheit" (Montana-Verlag, Stuttgart).

Im holländischen Städtchen Delft lebt ausgangs des siebzehnten Jahrhunderts ein sonderbarer, eigenbrötlerischer Krämer, dessen größtes Vergnügen darin besteht, in seiner freien Zeit aus seinem Glas Linsen zu schleifen. Tagaus, tagein brütet der Sonderling über seinem Schleiftisch, gibt den kleinen Glasscheiben Fassungen aus den verschiedensten Metallen, ordnet sie in wohlerprobten Abständen zu zweien oder auch gar zu dreien hintereinander und freut sich darüber, daß ihm der so konstruierte Apparat die Dinge in vielfacher Vergrößerung zeigt. Immer mehr verbessert er sein Wunderwerk, nimmt einen kleinen Hohlspiegel zu Hilfe, der ihm das Licht für seine kniffeligen Untersuchungen sammelt, und: — das Mikroskop ist geboren.

Die Nachbarn und Freunde tuscheln, machen sich über den närrischen Kauz, wie sie ihn nennen, lustig; aber Anton Leeuwenhoek läßt sich nicht stören. Alles, was nicht niet- und nagelfest ist, muß unter sein Mikroskop, und was er sieht, schreibt er fein säuberlich nieder und illustriert es mit sorgfältig gezeichneten Abbildungen. Schuppen und Haare, Insekten und Pflänzchen wandern unter die Linsen, und Leeuwenhoek ist es, der neben tausenderlei anderen als erster auch gar manche wichtige Formbestandteile in den Körpersäften des Menschen und der Tiere, so die Samenfäden, die roten Blutkörperchen und anderes mehr sieht, beschreibt und abbildet. Ueber alles aber, was er entdeckt, berichtet er in drollig naiv gehaltenen Briefen an die Königliche Gesellschaft der Wissenschaften in London.

Die hochgelahrten Herren rümpfen wohl anfangs die Nasen über den Delfter Krämer; aber sie sind klug genug, seine Experimente nachzuprüfen, und siehe da: Leeuwenhoek hat nicht gelogen, nicht übertrieben. Der Sonderling, für den man bisher nur Hohn und Spott, wie für jeden rechten Propheten, übrig gehabt hatte, wird Mitglied der gelehrten Gesellschaft, und als Dank berichtet er dem aufhorchenden Kollegium der Wissenschaften nun mit doppeltem Eifer über das, was ihm seine Mikroskope enthüllen.

Eines Tages, es war im September 1697, wird der brave Krämer und Mikroskopiker von heftigen Zahnschmerzen geplagt. Was schlecht ist, muß hinaus, denkt er, fackelt nicht lange, sondern zerrt und dreht mit den Fingern so lange an dem schon lockeren Zahn herum, bis er ihn glücklich herausbefördert hat. Grimmig betrachtet er den Uebeltäter, und dabei fällt ihm auf, daß die Spalten und Winkel der hohlen Wurzel mit einer weichen Masse erfüllt sind. Leeuwenhoek ist gewohnt, allen Dingen auf den Grund zu gehen; so schabt er die Masse ab, verdünnt sie mit Regenwasser und bringt sie unter ein Mikroskop. Aber kaum hat er scharf eingestellt, so wäre er beinahe vom Stuhl gefallen. Denn in dem Schleimtröpfchen, das sich unter seiner Linse breitet, und das — mit bloßem Auge betrachtet — nicht anders ausschaut wie jedes andere ganz gewöhnliche Schleimtröpfchen auch, wimmelt es von Hunderten und über Hunderten winziger lebender Tierchen. „Die Anzahl dieser Lebewesen", berichtet er an seine gelehrte Gesellschaft, „ist über alles Erwarten groß, und dabei sind sie so klein, daß einige hunderttausend Myriaden von ihnen kaum die Größe eines groben Sandkornes erreichen würden."

Kleine Ursachen — große Wirkungen: wenn irgendwo, so bewahrheitet sich dies Wort in der Lehre von den kleinsten Lebewesen! Hier haben die Schmerzen, die der Delfter Krämer an einem wackeligen Zahn spürt, zu nichts Geringerem geführt als zur Entdeckung der — Mikroben. Mit einem Schlage hat sich der staunenden Menschheit der Blick in eine Wunderwelt aufgetan, in der eine für unsere Vorstellungen ganz unbegreifliche Zahl winzigster Organismen ihr Wesen treibt, sich gegenseitig bekämpft, frißt und sich vermehrt.

Die Goldgräber-Republik

Im nördlichsten Teil des chinesischen Reichs, dort, wo der Bogen des Amurstroms die Grenze zwischen der Mandschurei und Sibirien bildet, liegt ein Land, das bis heute großenteils noch kaum erforscht und mit Ausnahme der Randgebiete fast ganz unbesiedelt ist. Vor einiger Zeit haben diese Gegenden die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, als in ihnen russische Goldsucher, die von den benachbarten Goldgebieten Sibiriens dorthin kamen, reiche Lagerstätten von Gold vorfanden. Eine russische Gesellschaft eröffnete an einem kleinen, nur wenige Kilometer langen Bach eine Goldwäscherei und erzielte, obwohl sie ohne alle neuzeitlichen technischen Hilfsmittel arbeitete, in kürzester Zeit eine erstaunliche Ausbeute. Auf die Kunde von diesem Goldreichtum fanden sich dort zahlreiche Abenteurer ein, die sich schnell Schätze zu erwerben gedachten. In den Wirren der Nachkriegszeit, als in Ostsibirien Revolution und Gegenrevolution sich bekämpften, gründeten diese verwegenen Gesellen, unter ihnen viele desertierte Soldaten, Verbannte und Waldläufer, hier auf chinesischem Boden eine eigene Goldgräberrepublik und erklärten sie für unabhängig. Alle Eindringlinge wiesen sie mit Waffengewalt zurück, und nur unter schweren Kämpfen gelang es schließlich den chinesischen Truppen, diese Abenteurer zu besiegen. In der Folgezeit wurde dann die weitere Einwanderung von Goldgräbern durch die chinesischen Behörden verboten.

Gegenwärtig liegen die meisten Goldwäschereien still, da die chinesische Regierung eine Ausbeutung großen Stils verhindert, solange das Land nicht besser erschlossen und die Unsicherheit beseitigt ist. Insbesondere werden an Ausländer keine Konzessionen mehr erteilt, höchstens unter vorherrschender chinesischer Beteiligung. Nur drei größere Goldwäschereien, die allerdings einige tausend Arbeiter beschäftigen, sollen gegenwärtig in der Nordmandschurei im Betrieb sein, wenn man die kleineren Betriebe nicht rechnet. Dafür durchstreifen viele vereinzelt wandernde Goldsucher die einsamen Täler des Chingan. Ihre ganze Ausrüstung besteht gewöhnlich nur in einer Hacke und einem aus Birkenrinde gefertigten Waschbecken, in dem das Gold aus dem Flußkies mit der Hand auspewaschen wird. Es ist der jämmerlichste, entbehrungsreichste und gefährlichste Beruf, den man sich denken kann, denn in der unwirtlichen Wildnis müssen diese Leute oft hungern und in den kalten Nächten frieren; viele fallen auch wilden Tieren zum Opfer, denn die dortigen Wälder beherbergen Bären, Wölfe, und im Osten auch Tiger. Hat solch ein armer Teufel mühsam eine Tasche voll Goldnuggets gesammelt, wird sie ihm, sobald er wieder in bewohnte Gegenden kommt, oft gar noch von Räubergesindel abgenommen.

Wie weit treiben Flaschenposten?

Durch Flaschenposten sind der Wissenschaft schon sehr wichtige Aufklärungen über Meeresströmungen zuteil geworden. Neuerdings sind wieder einige lehrreiche Fälle bekannt geworden. Am 27. September 1927 wurde von dem Dampfer „K. R. Kingsburg" in der Nähe der südkalifornischen Küste eine Flasche über Bord geworfen. Wie das Hydrographische Amt der Vereinigten Staaten berichtet, wurde diese Flasche am 12. Februar 1929 in der Gegend der Philippinen aufgefischt. Die Flasche hatte demnach binnen 17 Monaten 7200 Seemeilen oder 13 350 Kilometer zurückgelegt. Das dürfte so ziemlich die längste Reise sein, die in den Gewässern des nördlichen Pazifik möglich ist. Im Süden haben Flaschenposten auch schon weitere Strecken zurückgelegt. So erstreckte sich die Trift einer Flasche aus dem südlichen Indischen Ozean bis in die Nähe von Kap Horn. Die Flasche war 15 Jahre unterwegs und legte 19 030 Kilometer zurück; eine andere Flasche brachte es in den gleichen Gewässern binnen drei Jahren auf 18 600 Kilometer.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Neukölln-Britz. Jungbanner: Donnerstag, 27. Februar, besuchen alle Jungkameraden den Turnabend in der Walter-Rathenau-Schule, Boddinstraße, von 20—22 Uhr. — Freitag, 28. Februar, Treuenfeld. Jungbanner: Achtung! Der Besuch der Friedrich-Ebert-Gedenkfeier in Charlottenburg fällt aus. **Dafür am 28. Februar, 20 Uhr,** Heimabend bei Schlesinger, Lübecker Straße. Erscheinen Pflicht. Zehlendorf, Jungbanner: 20 Uhr bei Schneider, Potsdamer Str. 26, Ebert-Gedenkfeier. Gäste willkommen. **Lichtenberg:** Kameradschaftssitzungen um 20 Uhr: Kam. Treptow bei Seipke, Kronprinzen- Ecke Scharnweberstraße. Kam. Gustav Trempel bei Sönow, Frankfurter Allee 169. Erscheinen aller Aktiven und Passiven Pflicht. Kam. Rummelsburg bei Brunn, Türrschmidtstr. 41. **Friedrichshain:** 19½ Uhr treffen sich sämtliche fortzieherbenden Kameraden in der Turnhalle Memeler Str. 25 Anmeldung zu den Kursen. **Baumschulenweg:** 20 Uhr bei Borgmann Mitgliederversammlung. Ebert-Gedenken. Vortrag Kam. Oldmeiser. Erscheinen Pflicht. **Steglitz** (Ortsverein): Kam. Neukner, Lichterfelde, ist verstorben. Einäscherung 17 Uhr im Krematorium Wilmersdorf. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. — **Sonnabend, 1. März. Neukölln-Britz, Jungbanner:** Treffen 18½ Uhr Gottlieb-Dunkel- Ecke Germaniastraße zur Besichtigung der Konsum-Großbäckerei. Nachzügler Germaniastr. 46. **Schöneweide-Johannisthal:** 20 Uhr Mitgliederversammlung in der Brückenklause, Brücken- Ecke Spreestraße. Vortrag. **Lichtenberg,** Kameradschaft Vorhagen: 20 Uhr Sitzung bei Stöber, Jung- Ecke Oberstraße. Anschließend gemütlicher Abend mit Familienangehörigen. Erscheinen Pflicht. — **Wedding** (Ortsverein): Sonntag, 2. März, 11 Uhr, Ebert-Gedächtnisfeier im Mercedes-Palast, Utrechter Str. 38. Redner Reichstagspräsident Paul Löbe. Eintritt 50 Pf.

Freie Arbeiter-Esperanto-Vereinigung. Es können noch Teilnehmer aufgenommen werden für den Frühlingskursus. Anmeldungen sind schriftlich erbeten für den Süden an Werner Entrich, Urbanstr. 112—113; für den Norden an Adolf Sprock, N. 54, Choriner Str. 45; für den Osten an Elisabeth Baumbach, O. 112, Lenbachstr. 18; für den Westen an Karl Pohlke, Reinickendorf-West, Scheffelstr. 9. Der Kursus ist jeden Freitag von 19½ bis 21 Uhr im Metallarbeiter-Verbandshaus, Linienstr. 83—85, Portal 2, 4 Treppen. Anmeldungen auch dort. Kursusbeitrag 3 M. — **Gruppe Osten:** Jeden Donnerstag im Jugendheim Am Ostbahnhof 17.

Berliner Mandolinen-Vereinigung „Nordische Klänge" 1905. Uebungsstunde jeden Donnerstag, 20½ Uhr, im Lokal Burmeister, Berlin N, Anklamer Str. 29. Blattspieler, auch Damen, willkommen.

Arbeitsgemeinschaft für Vorkunde und Naturkunde, e. V., Berlin-Friedrichshagen. 112. Arb.-Wanderung Sonntag, 2. März. Besuch der Preußischen Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene in Berlin-Dahlem. Treffpunkt 10 Uhr im Vortragssaal der Landesanstalt in Berlin-Dahlem, Ehrenbergstr. 38, 40, 42.

Verein Friedeberg-Neumark und Umgegend tagt am Montag, 3. März, 20 Uhr, in den Unions-Festsälen, Greifswalder Str. 221—223. Sitzung und geselliges Beisammensein. Alle Landsleute sind herzlich willkommen.

Kurzschriftverein zu Charlottenburg, e. V. (Einheitskurzschrift). Jeden Dienstag und Freitag, 19½ bis 21½ Uhr, Anfänger-, Fortbildungs-Redeschriftlehrgänge. Uebertragung der Einheitskurzschrift auf das Englische. Siemens-Oberrealschule, Schloßstr. 27.

Verein für Raumschiffahrt, e. V., Berlin. Erste Mitgliederversammlung Dienstag, 4. März, 20 Uhr, im Saal III des Pschorrbräu an der Gedächtniskirche. Damen und Gäste willkommen.

Inseraten-Kauf- und -Tauschbörse in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, Eingang Kochstraße, nahe Alexanderplatz. Sonntag, 9. März, 9 bis 15 Uhr.

English Conversational Club founded 1878. Meetings every Friday 8 p. m. Café Josty, Potsdamer Platz Lecturer: Mr. W P. Jones on: A poem in stone." Guests, Ladies & Gentlemen, are welcome.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst., 27. 2. **Staats-Oper** Unter d. Linden. Tel.-Ab. 8 (a. Nr. 7 Jahres-Ab.-T. Nr. 56. 20 Uhr **Tosca** Ende geg. 22¾ U.

Donnerst., 27. 2. **Städt. Oper** Bismarckstr. Turnus III 19½ Uhr **Die Hochzeit des Figaro** Ende n. 22½ U.

Staats-Oper Am Platz der Republik. R.-S. 16 19½ Uhr **Die Fledermaus** Ende geg. 22¾ U.

Staatl. Schausp. am Gendarmenmarkt. St. R. 5 Gr. Nr. 5 Jahres-Ab.-T. Nr. 50 20 Uhr **Nathan der Weise** Ende 21¾ Uhr.

Staatl. Schiller-Theater, Charltbg. 20 Uhr **Bonbouroche — George Dandin** Ende gegen 22½ Uhr

Winter Garten 8.15 Uhr Zentr. 2819 Rauchen erlaubt. Cast-Familie, Jung-China, 2 Elliot's, Marika Rökk, 9 Allisons usw. usw.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 8 Uhr **Das Gerücht** Komödie in 14 Bildern v. C. K. Munro Regie: K. H. Martin

Kleines Theat. Merkur 1624 Tägl. 8¼ Uhr **Der Walzer von heute Nacht!** Erika Glässner, Hilde Wörner, Hermann Schaufuß

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Bonbouroche George Dandin**

Theater am Schiffbauerdamm 8¼ Uhr **Die Gartenlaube**

Trianon - Theater Georgenstr. 9 Täglich 8¼ Uhr **Die Freundin** von Hermann Sudermann

Lichtburg am Gesundbrunnen. Heute letzter Tag: **Das große Varieté-Programm** Eric Borchard mit seiner Jazzkapelle, Lotte Werkmeister, 4 Price, die berühmten Clowns, Esmanoff-Truppe, russische Wirbeltänze, G. Hartmann. Im Filmteil: Elisa Richter in „Frau ohne Nerven" Tägl. 5.30 8 8.30 Uhr

Rose Theater Große Frankfurter Straße 132 Billettkasse: Alex. 3422 und 3494 Täglich 8.15 Uhr (Sonntags 9 U.) Nur noch wenige Male die entzück. Operette v. Millöcker **„Gasparone"** Für die Kinder: Sonnabend 3 U., Sonntags 2.30 U. **„Aschenbrödel"** Großes Ausstattungs-Märchen Sonntag 8.15 Uhr Zum 50. und letzten Male **„Die Czardasfürstin".** Ab 1. März jeden Sonnabend 11.30 Uhr Nachtvorstellung: **„Der Mustergatte"**

Scala Tägl. 5 u. 8½ Uhr. D 5 Barb. 6330 Pr. 1–6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf.–3 M. Nur noch bis morgen! Con Colleano, 4 Bronetts und weitere zum 1. Male in Europa gezeigte Spitzenleistungen

Plaza Tägl. 5 u. 8¼ Sonnt. 2., 5 u. 8¼ Alex. E 4, 8066. Morgen letzter Tag! Gastspiel Fritz Servos und das hervorragende Varieté-Programm

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 A 4 Zentrum 926-927 Direktion Ralph Arthur Roberts 8¼ Uhr **. . . Vater sein, dagegen sehr** Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

Grosses Schauspielhaus 8 Uhr **3 Musketiere** Regie: ERIK CHARELL. 3 Sonntag nachm. ermäß. halbe Pr.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr Lothringer Straße 37

Unwiderruflich nur noch bis 12. März **Seine Hoheit der Bettler** Donnerstag, den 13. März, zum 1. Male: **Der wahre Jacob** und ein erstklassiger bunter Teil. Gutschein für 1—4 Personen Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M., Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,85 M.

Direktion Dr. Martin Zickel **Komische Oper** Friedrichstr. 104 Merkur 1401 4330. Nach vollständigem Umbau Täglich 8¼ Uhr **Hulla di Bulla** Schwank von Arnold und Bach mit Guido Thielscher. Schulz, Schroth, Lurg, Hildebrand, Walter Ross, Flink, Behmer, Wenak

Lustspielhaus 8¼ U. Friedrichstr. 236. Bergmann 2922-23. **Liebe auf den zweiten Blick.** Riemann — Haack. Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

SARRASANI S-Bahn-Station Flughafen. Das sensationelle Premierenprogramm Täglich 7½ Uhr **Vorstellung** Karten wieder an allen Vorstellg. vorrätig. 4 Telephonanschl. Barnwald 4335-36, 0808, 0809

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7516 8¼ Uhr **Victoria** von S. Maugham. Regie Max Reinhardt. Musik: Mischa Spoliansky

Deutsches Theater D 2 Weidendamm 5281 Tägl. 8¼ Uhr **Der Kaiser v. Amerika** von Bernard Shaw Reg.: Max Reinhardt

Kammerspiele D 2 Weidendamm 5281 8 Uhr **Der Kandidat** von Carl Sternheim Regie: Hans Heinrich.

Direktion Dr. Robert Klein **Deutsches Künstler-Theat.** Barbarossa 3937 8¼ Uhr **„Eins, zwei, drei"** von Franz Molnar mit Max Pallenberg. Vorher: **Souper**

Berliner Theater Dönhoff 170 Täglich 8¼ Uhr **Die Straße** mit Albert Bassermann. Regie Heinz Hilpert.

Lessing-Theater Weidendamm 2787 u. 2843 Täglich 8 Uhr **Affäre Dreyfus** von Rehfisch und Herzog

Theat. a. Kottb. Tor Kottb. Str. 6 Tägl. 8 Uhr auch Sonnt. nachm. 3 U. ermäß. Preise **Elite-Sänger.** Das große Faschings-Lach-Programm! U. a.: Die blonde Olly Faschings-Fantasie.

Circus Carl Hagenbeck Tägl. 8 Uhr • Busch-Gebäude. Nie zuvor gezeigt: **Ringkampf zwischen Mensch und Elefant.** Vorverkauf A. Wertheim u. Tel. Weidendamm 3840

Neue Welt U-Bahn Hermannplatz. Arnold Scholz. Hasenheide 108/14 **Großes Bockbierfest** Großes Schweineschlachten und Gratisverlosung der 2000 sten Tonne Bockbier. **Freitag, den 7. März 1930** Winterfest der Berliner Feuerwehr unter Mitwirkung erster Bühnen- und Kabarettkräfte.

Operettenhaus Alte Jakobstr. 30/32 (Zentral-Theater) Täglich 8¼ Uhr **Die Fledermaus** mit Gustav Matzner

Theater d. Westens Täglich 8¼ Uhr: **Hotel Stadt Lemberg** Musik von Gilbert. Käthe Dorsch, Leo Schützendorf

Barnowsky-Bühnen Theater in der Königgrätzer Straße Täglich 8¼ Uhr **Professor Bernhardi** von Arthur Schnitzler. Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus Täglich 8¼ Uhr **Der Lügner und die Nonne** von Curt Goetz

Planetarium am Zoo Großes Sternprojektions-Vorf. B. 5 Barbarossa 5577 16¼ Uhr Die Wintersternbilder. 18¼ Uhr Der Planet Jupiter. 20¼ Uhr Merkwürdige Sterne (Riesen u. Zwerge) Eintritt 1 Mark, Kinder 50 Pf. Mittwochs halbe Kassenpreise.

Wo speist man gut und billig? Nur **Gross-Berlin** Alexanderplatz

Metropol-Th. 8¼ Uhr **Das Land des Lächelns** Vera Schwarz, Richard Tauber. Musik von Franz Lehár.

Komische Oper Friedrichstr. 104 Merkur 1401/4330. Allabendlich 8¼ U. **Hulla di Bulla** Schwank von Arnold und Bach

Lustspielhaus Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23 Täglich 8¼ Uhr **Liebe auf den zweiten Blick**

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 3 **Stettiner-Sänger** Freitag, 28. 2., zum 100sten u. letzten Male **Logis Wildwest** ab 1. 3. Sonntag. Sonntags nachm.: Halbe Preise, volles Programm. **Dönhoff-Brettl:** Varieté — Konzert — Tanz

Erhalten Sie dem Braten die natürlichen Säfte —

bereiten Sie die Soße gesondert

So manche Hausfrau läßt das Fleisch zu lange braten, nur um genügend Soße zu erhalten. Dadurch werden aber dem Fleisch die wertvollen Säfte entzogen — es wird fade und kraftlos. Sie erhalten den Braten aber saftig und schmackhaft, wenn Sie die Soße extra bereiten.

Nehmen Sie dazu einen Würfel Knorr-Bratensoße und Sie haben in wenigen Minuten eine vorzügliche Tunke tischbereit. Die Soße gelingt Ihnen immer. Nie haben Sie zu wenig Soße, denn Sie können nach Bedarf einen halben oder einen ganzen Würfel nehmen.

Ein Würfel gibt so viel Soße wie 2 Pfund Braten und kostet nur 15 Pf.

Knorr Bratensoße

Versuchen Sie Knorr-Makkaroni dazu!

Am Sonntag, dem 23. Februar, 21 Uhr, verschied nach kurzem Leiden mein geliebter, treusorgender Mann, Schwiegervater und Großvater

Gotthard Meutzner

im 74. Lebensjahre. Er starb in den Sielen

Berlin-Lichterfelde, Neue Dorfstr. 9a

In tiefer Trauer:
Hedwig Meutzner, Fr. Meutzner, G. Meutzner-Königswusterhausen, W. Tim geb. Meutzner-Lübeck, E. Wie...geb. Meutzner-Hamburg, R. Schl...geb. Meutzner-Hamburg.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 28. Februar, 17 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Str. 100, statt.

Von Kondolenzbesuchen bitte Abstand zu nehmen

Unseren lieben Mitgliedern

Karl und Auguste Hein

zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche

SPD. 120. Abteilung, Friedrichsfelde.

Deutscher Metallarbeiter Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Theodor Beyer

geboren 2. April 1860, am 23. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 27. Februar, 14 Uhr, von der Leichenhalle des Pankower Kirchhofes in Schönholz III aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Webfehler-Teppiche.

Webfehler-Teppiche	2×3	18.—	Mark
" "	2×3	21.—	Mark
" "	2×3	28.—	Mark
" "	2¼×3¼	32.—	Mark
" "	2½×3½	40.—	Mark
" "	3×4	48.—	Mark
" "	3×4	52.—	Mark

Werbach, Friedrichstraße 163, 1. Etage, Ecke Behrenstraße. „Vorwärts"-Leser 5 Prozent Rabatt.

Federbetten bei mir billiger und besser. Bettfedern 10.—, 15.—, 17.—. Daunen-Daunenbetten 28.—, 31.—, maximal: so billig und gut nur im Leihhaus Brunnenstraße 173, Ecke Invalidenstraße.

Webfehler-Teppiche.

Kleine Webfehler	2×3	14.—	Mark
Kleine Webfehler	2×3	21.—	Mark
Kleine Webfehler	2¼×3¼	31.—	Mark
Kleine Webfehler	2½×3½	41.—	Mark
Prima Qualität	3×4	58.—	Mark
Prima Qualität	2×3	28.—	Mark
Prima Qualität	2½×3½	55.—	Mark

Körner, Berlin, Potsdamer Straße 26a. Hausnummer beachten.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten fabelhaft billige Preise. Empfehle Pelzmäntel, Paletots, Frack-, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weltalter Ware lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Von Kavalieren wenig getragene, teils auf Seide, und neue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Ebenholzanzüge, Frackanzüge, Ulster, Paletots, Bauchanzüge, jede Figur passend. Herren- und Damenpelze, enorm billig. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor.

Möbel

Möbelkäufer merkt Kredit und das Möbelhaus, große Auswahl, kleine Preise!

Beispielsweise: Schlafzimmer 455.—, Speisezimmer 517.—, Herrenzimmer 380.—, Spiegelschränke 118.—, Dielengarnitur 55.—, Anrichteküche 90.—, Messingbettstelle 66.—, Kleiderschränke 48.—, Chaiselongues 28.—, Metallbettstelle 18.—, Auflegematratze 18.—. Sonstige Möbel angemessene Preise. Teilzahlung auf Wunsch. Wochenraten, Monatsraten. Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Möbelhaus. Hauptgeschäft: Steglitz, Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Belle-Alliance-Straße 90, Untergrundbahn; 4 Spezialabteilung: Neukölln, Hermannplatz 4; 5. Geschäft: Kottbuser Straße 23 gegenüber Elitesänger. Katalog franko.

Möbel-Kamerling. Kastanienallee 56. Anrichteküchen, Schreibtische, Bücherschränke, Flurmöbel, Riesenauswahl. Spottpreise, Zahlungserleichterung.

Patentmatratzen „Heimstätte", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße acht. Kein Laden.

Zu Möbel Schmidt, Ihr erster Schritt. Möbel Schmidt, Katalog gratis. Möbel Schmidt, Bernauerstraße 86.

Mechel-Boebel, Moritzplatz. liefert seit 50 Jahren gediegene Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen und Einzelmöbel aller Art in nur guten Qualitäten zu niedrigsten Preisen. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Besichtigung erbeten im Fabrikgebäude Oranienstraße 58.

Musikinstrumente

Hoffmann Pianos. Stammhaus gegründet 1887. Pianos, Flügel, Harmoniums, 100 Instrumente Auswahl anerkannte Tonschönheit. Preiswürdigkeit günstige Teilzahlungen. Neue Pianos 800 Mark, erbrauchte 400 Mark an. Stets Gelegenheitskäufe. Alte Instrumente Gegenrechnung. Pianofortefabrik Georg Hoffmann G. m. b. H. Berlin SW. 68, Leipzigerstraße 57 (Spittelmarkt).

Gegen kleine Raten erhalten Sie gebrauchte sowie neue Pianos. Große Auswahl. Besuch lohnend. Königsgrätzerstraße 61.

Einzigartig, überaus preiswert. Pianofabrik Lind, Brunnenstraße 83.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Gold, Silber, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenicker Straße 29 (Haltestelle Adalbertstraße).

Unterricht

Berlitz School, Leipzigerstraße 110, Kurfürstendamm 26a. Fremde Sprachen. Zirkel: 12 Teilnehmer, monatlich 12 M., vierteljährlich 30 M., zahlbar in Raten. Eintritt jederzeit.

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungsbaumeister, Berlin, Brandenburgstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Steinmetzschule, Heizungstechnik.

Verschiedenes

Rechtsbeistand, früherer Rechtsanwalts-Bürovorsteher Wagner, Bläuerstraße 14, Alexander 8342. Rechts- und Steuersachen, Vertretung vor den Einigungsgerichten und Meinigungsämtern.

Wäschereien

„Diamant"-Wäscherei, Berlin, Brunnenstraße 192, Norden 2560 und 4563, gegründet 1896, wäscht mit besten Seifen, Bettbezüge 0,68, Laken 0,39, Damenhemd 0,20. Preisliste verlangen. Abholung täglich per Automobile kostenlos.

Vermietungen

Wohnungen

Baubeer vermietet in Pankow, Heinrich-Heine-Straße 21, Zwei-, Dreizimmerwohnungen, Bad, Warmwasser, Ofenheizung, an Wohnberechtigte zu günstigen Bedingungen. Müller, Oranienburgerstraße 67, Weidendamm 7431.

Mietgesuche

Zimmer. Junger Parteigenosse sucht möbliertes Zimmer (Badbenutzung, elektrisches Licht) im Süden Berlins. Scheer, Neutempelhof, Rufschistraße 22, bei Gebel. Telephon F 6 Bertrund 1106.